

Neue Bewegungen Neues Jahrtausend

Arbeit und Armut
Das Versagen der neuen Weltordnung
Seattle-Melbourne-Prag-Nizza
Klasse und Programm

Inhalt:

Doch kein Jahr 2000-Bug?	Seite 3
Arbeitszeit, Freizeit - Keine Zeit?	Seite 4
Armut ist kein Schicksal	Seite 6
Das Ende der Arbeit?	Seite 9
Das Versagen der neuen Weltordnung	Seite 11
“New economy” - alte Probleme	Seite 14
Neue Bewegungen: Auf zu neuen Ufern!	Seite 16
Dinosaurier & Proletarier: ausgestorben?	Seite 21
Sozialdemokratie am Ende!	Seite 24
ÖGB: Vertreibung aus dem Paradies?	Seite 26
Wenn vertritt der ÖGB?	Seite 29
Von der Notwendigkeit des Programmes	Seite 31
Das Kommunistische Manifest	Seite 35
Reform oder Revolution	Seite 36
Widerstand - Solidarität - Sozialismus	Seite 38

Impressum:

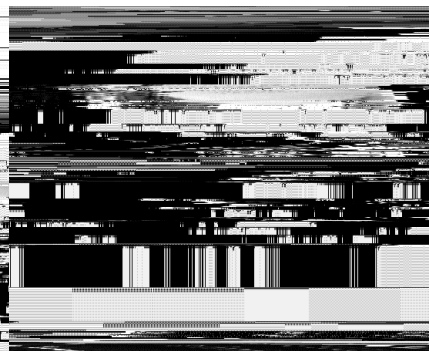
Medieninhaber/Herausgeber/Verleger

Sozialistische LinksPartei (SLP)

Kaiserstr. 11/14

Eigenvervielfältigung

Doch kein Jahr 2000-Bug



Entgegen den jahrelangen Ankündigungen der Computerindustrie sind die großen Katastrophen durch die Jahrtausendumstellung ausgeblieben. Kein Flugzeugabsturz, kein Atomkraftwerkstörfall – nichts. Nur die Absatzzahlen für neue Computer und die für Notstromaggregate und dergleichen in Heimwerkermärkten sind explodiert.

Und trotzdem können wir auf eines der ereignisreichsten Jahre zurückblicken. Für Österreich war sicherlich die Bildung der blauschwarzen Regierung ein neuer Knackpunkt. Binnen nur weniger Tage formierte sich die größte und intensivste Bewegung, die Österreich seit Jahrzehnten gesehen hatte. Anfangs tägliche, dann wöchentliche Demonstrationen mit zigtausenden Menschen, ein SchülerInnenstreik im Februar und schließlich der EisenbahnerInnenstreik im Juni zeichneten ein neues Bild von Österreich. Zugleich zeigte sich aber die Schwäche der Bewegung in ihrer Perspektivenlosigkeit. Zwar wussten

alle wogegen sie waren (die blauschwarze Regierung), aber nur die Wenigsten hatten konkrete Ideen, was statt dessen kommen sollte.

Aber auch für uns hat sich Vieles verändert. Das erfreulichste ist, dass es mit unserem „Jugendaufbau“ gut vorangeht. Nach Jan, Lea haben „wir“ jetzt mit Leon weiteren Nachwuchs bekommen. Daneben hat die SOV mit der Neugründung als Sozialistische LinksPartei - SLP ebenfalls ein Kind geboren. Die wichtigsten Beweggründe dafür waren unsere Einschätzung, dass mit den Nationalratswahlen vom Oktober '99 eine neue Qualität erreicht wurde. Unserer Überzeugung nach, zeigte sich gerade dadurch und durch die Alternativlosigkeit auf der Linken die Notwendigkeit des Aufbau einer neuen revolutionären Partei, die auch bei Wahlen an- und für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei eintritt.

International konnten wir eine rasante Talfahrt des Euros und einen Höhenflug der Brennstoffpreise erle-

ben (wodurch alle NotstromaggregatsbesitzerInnen aus dem letzten Winter nochmals bestraft wurden). Dazu kamen noch der erneute Volksaufstand der PalästinenserInnen, der Sturz des Milosevic-Regime in Jugoslawien und die Globalisierung der Anti-Globalisierung seit Seattle, Prag und Nizza. Ein letzter Höhepunkt war dann sicherlich die medienwirksame „Wahl“ des neuen US-Präsidenten.

Alles in Allem also sicherlich, auch ohne größere Jahr-2000 Bugs, ein ereignisreiches Jahr, auf das wir jetzt schon wieder zurückblicken können. An Herausforderungen wird aber auch das Neue mit Sicherheit nicht mangeln. Der Kampf gegen Rassismus, Sozialabbau und für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei wird wieder für viele von uns im Mittelpunkt des nächsten Jahres stehen. Die SLP hat dazu bereits am Beginn 2000 einen Beschluss gefasst: Die Kandidatur bei den Wiener Gemeinde- und Landtagswahlen im Jahr 2001.

Ali Kropf

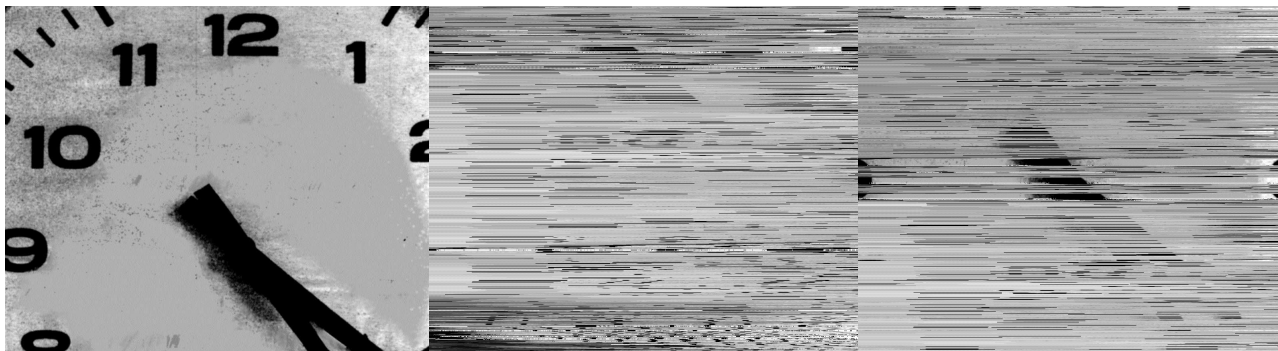


FORWÄRTS
Die linke Zeitung
- sozialistisch
- antifaschistisch
- international

Jeden Monat neu: Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

Jetzt abonnieren

Arbeitszeit, Freizeit - Keine Zeit?



„Ich hab keine Zeit, die Zeit vergeht nicht, Zeit ist Geld,...“ Diese oft verwendeten Aussprüche kennzeichnen unseren Umgang mit Zeit. Zeit wird als „knapp“ wahrgenommen und wir scheinen ihr hinterherzulaufen. Manchmal will sie dann auch gar nicht vergehen und wir haben „lange Weile“. Dieser Gegensatz findet sich auch am Arbeitsmarkt. Während die einen ihren Arbeitsplatz verlieren und I quasi zum „Nichtstun“ gezwungen sind, müssen andere länger arbeiten und leiden so unter der Belastung von verstärktem Zeitdruck.

In der jüngeren Vergangenheit kam es im Zusammenhang mit den Deregulierungsversuchen der Unternehmer zu zahlreichen Vorstößen in Richtung flexibler Arbeitszeiten. Im Zentrum der Diskussion um die Auflösung traditioneller Zeiteinteilung steht die Auflösung der sogenannten Normalarbeitszeit.

Dabei kann schon seit einiger Zeit kann nicht mehr von einer generellen „Normalarbeitszeit“ gesprochen werden. Bereits 1991 galt das „Normalarbeitsverhältnis“ (mit Regelarbeitszeit ab 35 Stunden pro Woche) nur noch für ca. 40% der unselbständig Beschäftigten. Und die Mehrzahl davon sind Männer. Es gab also eine gigantische Zunahme von nichtexistenzsichernden Arbeitsplätze. Die Teilzeitarbeit lag 1997 bei 410.000 (davon 352.000 Frauen). Geringfügig Beschäftigte gab es im Okt. 2000 199.545 (davon 143.296 Frauen). Und das bei gleichzeitiger Zunahme von Überstunden für Beschäftigte.

Abhängig Beschäftigte sind in immer mehr Bereichen den Bedürfnissen der Unternehmer ausgeliefert. Dazu zählen Gratisüberstunden, Bereitschaft rund um die Uhr, berufsfremde Arbeiten etc. Ein Paradebeispiel dafür ist das Kaufhaus „Peek&Cloppenburg“, in dem bewusst die Arbeit auf Abruf je nach KundInnenfrequenz praktiziert wird.

Flexibilisierung für wen?

Diese Entwicklung wird unter dem allgegenwärtigen Begriff der Flexibilisierung zusammengefasst. Ausschlaggebend dabei ist die Frage: Flexibilisierung für wen? Die wesentliche Unterscheidung ist zwischen „Zeitsouveränität“ und „flexibler Verfügbarkeit“. Während ersteres Flexibilität für die ArbeitnehmerInnen bedeutet, heißt zweiteres Flexibilität zugunsten der Unternehmer im Sinne von Macht über die Zeit der ArbeitnehmerInnen.

In der Diskussion über dieses Thema wird bewusst versucht, diesen Interessengegensatz zu verdecken. Der Begriff der Flexibilität wird in einen progressiv klingenden Jargon verpackt. Als Ergebnis haben wir eine Rhetorik, die nahelegt, dass Flexibilität etwas ganz allgemein wünschenswertes ist. Obwohl die Umsetzung der „Flexibilisierung“ am Arbeitsmarkt offensichtlich zeigt, dass sich hinter diesem Wort eine Ideologie verbirgt, wird die entscheidende Frage der „Flexibilität für wen und auf wessen Kosten?“ außer Acht gelassen.

Im Interesse der Unternehmer ist

es, über die Arbeitszeit der Menschen möglichst frei zu verfügen. Dazu gehört auch diese gar nicht in Anspruch zu nehmen (Arbeitslosigkeit). Ökonomisch gesehen ist Zeit im Kapitalismus ein knappes Gut, das aus Unternehmenseite möglichst „rational“ eingesetzt werden soll. Auf diesem Weg kann die Ausbeutung intensiviert und der Mehrwert für die Unternehmer erhöht werden. In diesem Sinn sind Ruhezeiten und Ruhetage Störfaktoren im Wirtschaftsleben. Der Versuch der Unternehmer, die Maschinenlaufzeiten bzw. Betriebszeiten auszudehnen, ist so alt wie der Kapitalismus selbst. Das zeigt sich daran, dass die Argumente der Arbeitgeber aus dem vorigen Jahrhundert den heutigen 1:1 gleichen.

Im Zuge der Industriellen Revolution Ende 18., Anfang 19. Jahrhundert änderte sich der Arbeitsrhythmus drastisch. Die industrielle Produktion, in der die Maschine die Arbeitseinteilung beeinflusste, machte eine exakte Planung der Arbeitsabläufe notwendig. Während noch in der vorindustriellen Gesellschaft die Pünktlichkeit keine Rolle bei der Arbeitsorganisation spielte, wurde jetzt Disziplin verlangt.

In dieser Zeit fand eine massive Ausweitung der Arbeitszeiten statt. Seitens der Industrie wurde versucht, Gewinnsteigerungen mittels Verlängerung der absoluten Betriebs- und Arbeitszeiten zu erzielen. Feiertage wurden abgeschafft, die Sonntagsarbeit wieder eingeführt. Der blaue Montag (ein seit dem Mittelalter für Handwerksgelesen erkämpfter Feiertag) wurde ebenso bekämpft, wie die

Unterbrechung der Arbeitszeit durch soziale Aktivitäten. Die Umwandlung von Lebenszeit in Arbeitszeit und die Zusammenfassung der Arbeitskräfte in zentralen, vom Wohnbereich getrennten Produktionsstätten führten zu einer Auflösung der Wohnstruktur und der Ausgrenzung sozialer Handlungen aus dem Arbeitsbereich.

Diese Ausweitung der Arbeitszeit verwies auf eine neue Bedeutungszuschreibung der modernen Arbeitszeiten, nämlich als wertschaffende Größe im gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozess, während sie zugleich wichtiges Kriterium für die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der neu entstandenen ArbeiterInnenklasse werden. In der Entwicklung zum Industriekapitalismus wird die Arbeitszeit somit zur dominanten Zeitstrukturordnung, was eine neue Bewertung von Zeit nach sich zieht: Als sozial wertvolle Zeit wird allein die Zeit betrachtet, die der Mensch am Arbeitsplatz verbringt. Diese Zeit wird zur reinen Arbeitszeit und verliert dadurch ihre Eingebundenheit in die gesamte Lebenswelt. Sonstige Bedürfnisse werden in die Freizeit verlagert.

Dadurch entstehen voneinander getrennte, jedoch funktional aufeinander bezogene Institutionen der Arbeitszeit und der Freizeit. Die Arbeitszeit wird für die Lohnabhängigen zu nahezu völlig fremdbestimmter Zeit und dadurch entwickeln sie ein zunehmendes Interesse an möglichst viel eigenbestimmter, privater Lebenszeit. Die Unternehmer andererseits sind an möglichst viel wertschaffender betrieblicher Nutzungszeit interessiert. An diesen gegensätzlichen Interessen entsteht ein Verteilungskampf um Zeit.

Zeit ist Macht!

In Konflikten um die Zeit wird deutlich, dass Zeit eine zentrale Dimension von Macht darstellt, die in der in einer Gesellschaft vorherrschenden Zeitordnung zum Ausdruck kommt.

Geringere Zeitgestaltungsfreiheit durch Abweichungen von der Regelarbeitszeit erhöht Spannungen in der

Gesellschaft. Schicht-, Nacht- oder WochendarbeiterInnen sind durch ihren veränderten Lebensrhythmus von wesentlichen Teilen des "öffentlichen" Lebens ausgeschlossen. Selbst finanzielle Entschädigungen, wie z.B. Schichtzulagen können diese sozialen Probleme nicht völlig kompensieren.

Die Erwerbsarbeit ist ein wesentliches Element im gesellschaftlichen Zeitbewusstsein. Veränderungen hier, wie etwa durch Arbeitslosigkeit, können zu einem tiefgreifendem Wandel des individuellen Empfindens von Zeit führen.

Dieses Phänomen haben Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel in ihrer Studie über die Arbeitslosen in Marienthal dokumentiert. Im Rahmen dieser Studie wurde in den 30er Jahren die Problematik der Arbeitslosen untersucht. Nicht nur durch materielle Not, sondern auch die Strukturlosigkeit des Alltags führte dazu, dass die Zeit- und Lebensplanung ins Wanken geriet.

Das zeigt sich auch noch heute. Obwohl die materielle Situation weit aus besser ist als in den 30er Jahren, gibt es vergleichbare Symptome für den Zerfall der Zeitperspektive. Auch wenn man/frau davon ausgeht, dass die Formen und die Dynamik des Zerfalls von Zeitplanung und Zeitdisziplin neben anderem durch ökonomische Faktoren bestimmt werden, so ist dieses Phänomen nicht alleine durch die materielle Lage erklärbar

Dabei zeigt sich auch für Frauen und Männer unterschiedliches Erleben von Zeit. Schon in der Untersuchung über die Arbeitslosen von Marienthal hat sich gezeigt, dass Frauen anders auf den Verlust der äußeren Zeitstruktur reagierten. Während die Männer großteils die Fähigkeit zur zeitlichen Bewältigung des Alltags verlieren, bleibt für die Frauen der Tag durch das Erledigen der Hausarbeit und Kinderversorgung strukturiert, da sie zwar erwerbs-, aber nicht arbeitslos geworden sind. „Sie haben den Haushalt zu führen, der ihren Tag ausfüllt. Ihre Arbeit ist in einem festen Sinnzusammenhang, mit vielen Orientierungspunkten, Funktionen und Verpflichtungen zur Regelmäßig-

keit.“(Jahoda et.al 1975, S.89)

Mit den Zeitgestaltungsmöglichkeiten ist nicht nur der eigene Status mitdefiniert, sondern auch die Macht über die Zeit von anderen. Macht bedeutet in diesem Zusammenhang die Verfügungsgewalt über die Zeit von anderen. Man/frau kann angesichts der Tatsache, dass der Zeit ein immer wichtigerer Wert zukommt, davon ausgehen, dass Zeit auch als Gegenstand von Macht auf allen hierarchisch geordneten Ebenen der Gesellschaft an Bedeutung gewinnt.

Prognostiziert werden kann als Folgewirkung dieser Entwicklung eine tiefgreifende Veränderung des zeitlichen Gefüges, bei der auf eine bewusste Gestaltung der zeitlichen Rahmenbedingungen des Wirtschaftslebens mehr und mehr verzichtet wird.

Dagegen gilt es aufzutreten mit der Forderung nach einer 30 Stundenwoche bei vollem Lohn und geregelten Arbeitszeiten, die eine gemeinsame Gestaltung der Freizeit und auch eine gerechte Aufteilung der Hausarbeit und Kinderbetreuung ermöglichen.

Es ist nicht im Interesse der ArbeitnehmerInnen flexibel zu arbeiten, sondern flexibel zu leben, mehr Freiräume zu haben in der Arbeit und mehr Möglichkeiten individueller Zeitgestaltung, die nicht ständig eingebunden oder abhängig sind von betrieblichen Organisationszusammenhängen, von ökonomischen Interessen und von politischen Herrschafts- und Machtstrukturen.

Claudia Sorger

Zum Weiterlesen:



**Arbeitsplätze
schaffen -
Arbeitszeit
verkürzen**
36 Seiten
45 öS .-
(inkl. Porto)

Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser PSK-Konto 8812.733 (Name und Adresse angeben!)

Armut ist kein Schicksal



Armut und Reichtum sind keine neuen gesellschaftlichen Phänomene. Sie sind älter als der Kapitalismus selbst und Wesen jeder Klassengesellschaft. Auch in unserer Epoche sind sie keine Ausnahme, sondern die Regel. Wie weit sie auseinanderklaffen, ist keine Frage des gesamtgesellschaftlichen Reichtums, sondern eine Frage der Verteilung. In diesem Sinn also eine Frage der Stärke der ArbeiterInnenbewegung.

Die ArbeiterInnenklasse als Ganzes ist armutsgefährdet; manche Teile besonders: Arbeitslose, ungelernnte ArbeiterInnen, LandarbeiterInnen, ArbeiterInnen in Ländern der sogenannten „3. Welt“. Als Unselbstständige und Frau war und ist die Wahrscheinlichkeit noch höher, zu den Ärmern zu gehören. Trotzdem scheint es, als müsse die Armut jedes Jahr aufs Neue – z.B. auf Armutskonferenzen – entdeckt werden.

Wer ist arm?

Als armutsgefährdet gelten in Österreich jene Haushalte, die weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens monatlich zur Verfügung haben. Diese Situation trifft auf 13% der Bevölkerung (ca. 1,1 Mio.) zu. Als besonders gefährdet gelten Arbeitslose, ZuwanderInnen, AlleinerzieherInnen, Menschen mit geringer Qualifikation oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Diese Liste liest sich wie ein „Who is Who“ derjenigen, die von den vergangenen und gegen-

wärtigen Sparpaketen besonders betroffen sind.

Das „Sparen“ – insbesondere Ausgabenseitiges – geht durch den Wegfall bzw. Verminderung der „Sozialtransfers“ auf Kosten der sozial Schwachen. Aber gerade diese Sozialtransfers stehen auf der Abschlusliste der LobsängerInnen auf freie Marktwirtschaft, neoliberale Wirtschaftspolitik und auf einen „schlanken Staat“. Sie fordern außerdem mehr Flexibilisierung, Deregulierung und Privatisierung. Maßnahmen, die lohndrückend wirken und weitere Ursachen für die zunehmende Verarmung sind.

Wer ist reich?

Jeden Abend, pünktlich um 20:00 Uhr sendet der ORF2 eine weitere Folge von „Seitenblicke“. Da können dann die Reichen und Schönen bewundert werden. Man/frau kann so auch einmal in die Welt der „oberen Zehntausend“ eintauchen. Und wem das noch nicht reicht, der kann sich jetzt auch das dazugehörige Heft am Kiosk kaufen. So erfährt man/frau Alles aus der Kategorie „wer mit wem“, aber nur selten, wie wer zu „seinem“ Reichtum gekommen ist. Ganz nach dem Motto: „Über Geld spricht man nicht, Geld hat man“.

In diesem Punkte erhalten sie auch kräftige Unterstützung des Staates, denn das Privatvermögen wird nicht angetastet. Nicht in der öffentlichen Diskussion und auch nicht seitens des

Staates mittels Steuern.

Tatsächlich ist es viel schwerer herauszufinden, wer wie reich ist, als wer wie arm ist. Wohlweislich wird über den Reichtum einer kleinen Schicht der Mantel des Schweigens gedeckt. Wäre allgemein bekannt wie ungleich Einkommen und Vermögen verteilt sind, könnte zu schnell die Frage kommen, ob denn das gerecht sei. Und dann „steht Ihnen das zu?“ oder „woher kommt der Reichtum?“.

Die Reichen werden immer reicher, so weit die gute Nachricht und nun die Schlechte: Die Wahrscheinlichkeit, dazuzugehören, wird immer geringer.

Arbeit ist die häufigste, wenn auch nicht unbedingt die einträglichste Form in unserer Gesellschaft, um zu Geld zu kommen. Im Kapitalismus bedeutet Lohnarbeit in der Regel, dass ich meine Arbeitskraft verkaufe und dafür einen Lohn erhalte. Sie und ich können von diesem Lohn/Gehalt zwar vielleicht leben (und sind damit schon besser dran als LohnarbeiterInnen in der „3. Welt“), reich können wir davon aber nicht werden. Auch wenn wir sehr sparsam leben und viele Überstunden machen wird uns das nicht gelingen.

Armut ist weiblich

Die Einkommen für Lohnarbeit sind durchaus unterschiedlich. So lässt sich feststellen, dass sich sowohl die Einkommensschere zwischen oberer und unterer Einkommensschicht, als auch jene zwischen Männern und Frauen in den letzten Jahren weiter

auseinander entwickelt hat. Frauen sind noch zusätzlich von Armut bedroht. Ihre Erwerbsbiografie wird durch Karenzjahre unterbrochen und wegen Haus-, Kinder- und Pflegearbeit verkürzt. Dazu kommt dann noch, dass typische Männerberufe grundsätzlich besser bezahlt werden. Die Einkommensdiskriminierung von Frauen setzt sich beim Bezug der Pension, der Arbeitslosen-, Sozial- und Notstandshilfe nahtlos fort.

Armut hat weitreichende Folgen und führt oft zu Vereinsamung. Der gewohnte Lebensstandard mit der dementsprechenden Freizeit- und damit eng verbundenen Freundschaftskultur kann aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht mehr aufrecht erhalten werden. Sei es der Kinobesuch, die Abende am Stammtisch, der Ausgang ohne Kind(er) etc. Die verschiedenen Arten von Verlust sind so unterschiedlich, wie die Vielfalt der sozialen und kulturellen Herkunft.

Reich durch Arbeit?!

Das "Problem" dabei ist, dass der erarbeitete Reichtum nicht jenen zu Gute kommt, die ihn erschaffen. Ein Beispiel: Ex-Billa-Chef Karl Wlaschek besitzt ein (Stiftungs-)Vermögen von geschätzten 25 Mrd. Schilling und zählt somit zu den reichsten Menschen Österreichs. Hätte er für diesen Betrag (mit einem männlichen Durchschnittsgehalt von 24.000 öS) arbeiten müssen, dann müsste er bereits im stolzen Alter von 75.000 Jahren sein. Wäre er darüberhinaus noch eine Frau, hätte er gleich 112.000 Jahre zum Erreichen dieser Summe arbeiten müssen. Denn der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen beträgt Ganze 8.000,- Schilling monatlich.

Offensichtlich kann es nicht er allein gewesen sein, der sein Vermögen erschaffen hat. Im Klartext: Karl Wlaschek ist nicht deshalb so reich, weil er so fleißig war oder so genial, sondern weil er den Menschen, die bei Billa gearbeitet haben nicht ihre Arbeit, sondern nur ihre Arbeitskraft bezahlt hat. Im

Kapitalismus entsteht Reichtum durch die Aneignung unbezahlter Arbeit. Sie arbeiten z.B. acht Stunden pro Tag in einer Fabrik, ihr Gehalt entspricht aber nur dem Wert, den Sie in drei Stunden geschaffen haben, den Rest (abzüglich von Ausgaben für Rohstoffe, Investitionen etc.) bleiben dem Unternehmer.

Der/die ArbeiterIn erhält also nur einen Teil des von ihm/ihr geschaffenen Wertes für seine/ihre Arbeit. Allerdings darf man/frau nicht den Umkehrschluss ziehen, dass jede Arbeit auch Geld bringt. Es sei hier nur kurz an die umfassenden Tätigkeiten der Hausarbeit, die zu 95% von Frauen verrichtet wird, erinnert. In Geld bemessen würde das zwischen der Hälfte und zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bedeuten. Dieser "Diebstahl" ist aber im Kapitalismus nicht nur ganz normal, sondern ist sogar sein Lebensnerv!

Wie entsteht Reichtum?

Vermögen ist noch ungleicher verteilt als Einkommen. Sie haben vielleicht ein Sparbuch oder sogar eine Eigentumswohnung. Wirklich reich sind sie deswegen aber noch lange nicht. Denn trotzdem müssen sie nachwievor arbeiten gehen, um u.a. vielleicht den Kredit für die Wohnung abzahlen zu können. Die Diskussionen um "reiche" EinkommensbezieherInnen ist eine reine Augenauswischerei. Dabei soll nur von wirklich reichen Menschen abgelenkt werden. Die haben ihr Geld nicht auf Sparbüchern liegen, sondern in "steuerschonenden" Stiftungen, Aktienbesitz oder Immobilien deponiert.

Der Großteil der Reichtümer wurde auch nicht von einem/r Einzelnen erwirtschaftet; die meisten bestehenden Vermögen sind zumindest in ihrer Basis ererbt. Beispiele dafür gibt es genug: Julius Meinl V., Robert Hartlauer oder auch Jörg Haider mit seinem Barentalerbe.

Auch hier gilt wieder: Gesprochen wird über das kleine "Vermögen" der kleinen Leute. Die wirklich Reichen bleiben ungeschoren und teilweise

auch unbemerkt. Die Vermögenssteuern in Österreich (Erbrechts-, Grund-, Vermögens- und Kapitalverkehrssteuer etc.) machen lediglich 1,6% der abgeführten Steuern aus. Mit diesem Ergebnis ist Österreich das Schlusslicht unter allen OECD Ländern.

1993/94 wurde die direkte Vermögenssteuer ganz abgeschafft und dafür das Stiftungsrecht eingeführt. Mit der Schaffung dieser Institution ist es Österreich gelungen, sogar der Steueroase Liechtenstein Konkurrenz zu machen. So trägt z.B. die Stiftung der Familie Palmers den bezeichnenden Namen "Sesam". Karl Wlaschek, Ex-Billa- und Immobilienbesitzer, sparte beim Verkauf seiner Billa-Anteile an den deutschen Rewe-Konzern dadurch rund 5 Mrd. ÖS an Steuern. Er war damit nicht der Einzige. In den derzeit existierenden 1200 Stiftungen liegen geschätzte 600 Mrd. ÖS. In jener Stiftungsurkunde, die der Öffentlichkeit zugänglich ist, muss lediglich der gesetzliche Mindestbetrag von 1 Mio. Schilling ausgewiesen werden. Auch der Name der StifterIn muss nicht angeführt werden (!). Die Anonymität der Superreichen ist heilig.

Reich durch Zinsen?

Auch von der Möglichkeit "das Geld für sich arbeiten zu lassen", so der Werbespruch einer Bank, können größtenteils nur die oberen Einkommensschichten Gebrauch machen. Von Ihren 2, 3, 4 oder gar 6,25 Prozent Zinsen können Sie sich was Nettos kaufen – aber reich machen sie sie nicht. Das untere Einkommensdrittel bezieht lediglich 6,5% des Zinseinkommens, das Mittlere 25% und das reichste Drittel 60%. Somit sind auch Zinseinkommen ungleicher verteilt als Lohneinkommen. Auch hier ist das Steuersystem zugunsten der ohnehin schon reichen! Zinseinkommen wird mit einem einheitlichen Steuersatz (25% KeSt), der höhere Einkommen steuerlich begünstigt, belastet.

Das österreichische Steuersystem

fördert die Ungleichheit noch und begünstigt die Reichen. In der Theorie steuert der Staat den Ungerechtigkeiten mittels progressiver Lohn- und Einkommenssteuer entgegen. Konkret heisst das höhere Bezüge werden stärker belastet.

Doch wenn Sozialversicherungsbeiträge und Umsatzsteuer mit berücksichtigt werden, wird diese Entwicklung wieder aufgehoben. In Österreich ist die Einkommensbesteuerung de facto linear. Die Vermögenssteuer existiert nicht, Zins-, Erbschafts- und Schenkungssteuer begünstigen ebenfalls die ohnehin schon Reichen. Die AK schätzt, dass jährlich Vermögen im Wert von ca. 100 Mrd. ÖS vererbt bzw. verschenkt werden. Dafür aber, aufgrund der viel zu niedrig angesetzten Einheitswerte, nur 1,1 Mrd. öS an Steuern abgeführt werden.

Aber damit nicht genug – die Umverteilung von unten nach oben, von Arbeit zu Kapital, wird beschleunigt. Das Gewinnsteueraufkommen ist in den letzten Jahren im Verhältnis zu jenem der Lohnsteuer gesunken. Von 1992 bis 1999 ist das Lohnsteueraufkommen um 49% von 134 Mrd. öS auf 203 Mrd. gestiegen. Die Gewinnsteuer stieg hingegen nur um 6% von 88 Mrd. auf 90 Mrd. Gleichzeitig sind die Gewinne aber weit stärker gestiegen als die Löhne- und Gehälter, sodaß die Schere immer größer wird. Mit einer Gewinnsteuerquote, wie z.B. in Finnland, wäre das Staatsdefizit verschwunden, mit jener der Niederlande gäbe es sogar einen Überschuss von knapp 17 Mrd. Schilling!

Die blauschwarze Regierung will diese Entwicklung noch beschleunigen. Z.B. durch das 3-Säulen-Modell bei der Pensionsversicherung oder durch die Flat-Tax-Pläne der FPÖ. Unter dem Vorwand der "Gerechtigkeit" wollen die freiheitlichen die Steuern für hohe Einkommen weiter reduzieren. Jene für niedrige Erhöhen und die von großen Vermögen bleiben weiterhin unangetastet.

Die ArbeiterInnenklasse erkämpfte den Sozial- und Wohlfahrtsstaates, um

die dem Kapitalismus immanente Ungleichverteilung wenigstens teilweise auszugleichen. Zwar ändert auch das Beste aller Umverteilungssysteme nichts an der kapitalistischen Tatsache, dass der von der ArbeiterInnenklasse geschaffene Reichtum anderen zufällt, aber es federt Ungleichheiten ab. Nun sind aber nicht nur die Einkommen der ArbeiterInnen unter Beschuss, sondern auch der Sozialstaat an sich. Der Sozialabbau der letzten Jahre und die Pläne der blauschwarzen Regierung machen die Reichen reicher. Wenn Gewerkschaften zurückgedrängt werden und der/die ArbeiterIn allein verhandeln muss, wenn es keine staatliche, sondern nur mehr private Pensions- und Krankenversorgung gibt, wenn Bildung und Gesundheit kostet, wenn Frauen aus dem Erwerbsprozess gedrängt werden, dann macht das die Armen ärmer und die noch nicht Armen arm.

Wenn die Armut steigt, wird zunehmend nach Antworten gefragt. Ihre Antwort ist Gnade nicht Recht. Es gibt kein Recht mehr auf Zahlung von Sozialleistungen (in die wir jahrelang eingezahlt haben), aber es gibt Gnade. Gnade heisst, dass zynisch einige der Krümel vom Tisch der Reichen abfallen. Einer der perfidesten Berührungspunkte zwischen Arm und Reich sind die wieder in Mode geratenen Charity-Partys. Die Stimmung ist geprägt von gönnerInnenhafter Gefühlsduselei. Man/frau applaudiert sich gegenseitig für die Großzügigkeit. Die Reichen bleiben unter sich und die Armen draussen. Über politische Ursachen braucht nicht nachgedacht zu werden. Eine ähnliche Funktion erfüllt die Aktion der Caritas: "Österreich für Österrarm" und auch "Licht ins Dunkel". Sie greifen auf die mittelalterliche Tradition des Ablasshandels zurück: Eine milde Gabe für ein reines Gewissen.

Armut Abschaffen? Reichtum Abschaffen!

Armut und Reichtum hängen im Kapitalismus untrennbar zusammen. Im Gegensatz zu früheren Gesell-

schaften ist der gesamtgesellschaftliche Reichtum gross genug, dass ALLE Menschen auf der gesamten Welt ein Leben mit ausreichend Nahrung, Wohnung, Kleidung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Kultur haben könnten. Die Einen sind Arm, weil die anderen Reich sind – und umgekehrt. Es gab und gibt zahlreiche Ansätze um hier gegenzusteuern. Der Sozialstaat, die Arbeitszeitverkürzung und Steuern. Die sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn ist z.B. eine konkrete Maßnahme, die weit mehr helfen würde, Armut zu bekämpfen als alle Wohltätigkeitsveranstaltungen zusammen: Arbeitslose würden Arbeit bekommen und die Löhne würden steigen, weil der Druck auf die Beschäftigten geringer wäre. Finanzierbar ist eine solche Maßnahme aus den explodierenden Unternehmensgewinnen.

Aber ausreichend wäre diese Maßnahme nicht. Solange es die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt, solange sich einige wenige an der Arbeit vieler bereichern, wird es Armut geben. Um am gesellschaftlichen Reichtum stärker teilhaben zu können bleiben uns nur zwei Möglichkeiten: Entweder ein Bank zu überfallen oder aber für Sozialismus zu kämpfen.

Zynisch? Nein, realistisch, denn nur in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung werden Armut und Ungleichheit beseitigt sein.

Käthe Knittler

Zum Weiterlesen:

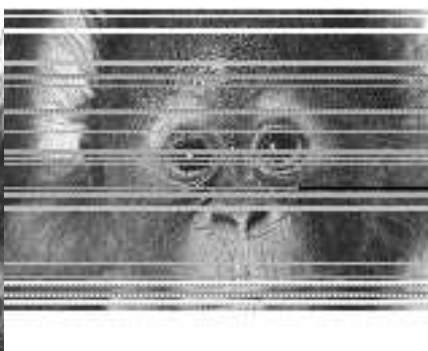


**Frauen in die
Offensive
Das Frauen-
programm
der SLP**

62 Seiten
öS 50.-
(inkl. Porto)

Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser PSK-Konto 8812.733 (Name und Adresse angeben!)

Das Ende der Arbeit?



Nach dem Ende der Geschichte postulieren postmoderne IdeologInnen jetzt das Ende der Arbeit: Mit der Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse und der hohen Arbeitslosigkeit sehen sie das Ende der geregelten Berufslaufbahn eingeläutet.

Zustimmen würde ich der Behauptung, dass wir einen Umbau der Gesellschaft beobachten. Der passiert aber nicht, der wird gemacht. Nach ganz bestimmten Vorstellungen, die so neu nicht sind. Ein Blick auf die Situation in Österreich reicht, um Gewinner und Verlierer der aktuellen Interessen- und Kräfteverhältnisse zu erkennen.

Tatsächlich kann ein Anstieg unsicherer Beschäftigungen verzeichnet werden. Die Zahl der in Österreich geringfügig Beschäftigten hat heuer mit 300.000 einen Rekordstand erreicht. Flexibilisierung und Deregulierung drängen Menschen zunehmend in Teilzeitbeschäftigungen. Ungleich stärker betroffen sind Frauen: 80% der Teilzeitjobs entfallen auf sie.

Jobwunder durch "Working Poor"

Durch Teilzeitarbeit wird die allgemeine Arbeitszeit verkürzt, die Arbeit auf mehr Menschen aufgeteilt – leben kann man/frau nicht davon. Vor allem AlleinerzieherInnen droht die Existenz als "Working Poor". US-Verhältnisse, in denen oft mehrere Jobs zusammen kaum existenzsichernd sind, werden langsam europäische Realität. Das niederländische "Jobwunder durch Teilzeitbeschäftigung" gilt in Europa als Vorbild. Nicht umsonst, denn es

geht genau in diese Richtung: Nicht Arbeit, sondern Arbeitslosigkeit wird "umverteilt". Vor allem der Mangel an Kindergartenplätzen zwingt Frauen zur Teilzeitarbeit. 65% der in Österreich teilzeitbeschäftigten Frauen geben familiäre Gründe für ihre Situation an. Anstatt einem Beruf nachgehen zu können, müssen Kinder und Haushalt betreut werden. Einmal ganz abgesehen davon, dass Vollzeitarbeit sowieso schwer zu finden ist.

"Neue" Verhältnisse

Das entspricht dem reaktionären Trend in Sachen Frauenpolitik. Kindererziehung und die Pflege von Verwandten sind – dem Bild der traditionellen Kernfamilie entsprechend – Aufgabe der Frauen. Der FPÖ-Kinderscheck und die Einführung des Pflegegelds sollen zum Zuhause bleiben motivieren. Nicht umsonst betonte Familienminister Bartenstein, dass die Verdienstfreigrenze während der Karenz niedrig angesetzt sein müsse: sonst käme die Kindererziehung ja wieder zu kurz. Deshalb treffen Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich vor allem Frauen: Sie sind es, die die eingesparte Arbeit erledigen müssen.

Kein Wunder, dass im blauschwarzen Regierungsprogramm zum Thema Frauen die Schaffung von Familienberatungsstellen explizit gefordert wird. Frauenberatungsstellen sollen demgegenüber einer "Evaluation" unterzogen werden.

Neben der Teilzeitbeschäftigung gibt es natürlich andere Formen unsi-

cherer Arbeitsverhältnisse, wie freie Dienstverträge und Werkverträge. Doch selbst wer einer "normalen" Erwerbsarbeit nachgeht, bleibt nicht verschont. Die Anhebung des Pensionsalters, Lohnabschlüsse, die für viele reale Kürzungen bedeuten wie jene im Öffentlichen Dienst, Selbstbehalte im Gesundheitsbereich, Studiengebühren und Verschlechterungen im Dienstrecht auf der Uni – eine unvollständige Aufzählung von Maßnahmen mit "Breitenwirksamkeit".

Aber es geht noch schlimmer: man/frau könnte ja auch arbeitslos sein. "Hilfe zur Selbsthilfe" lautet das zynische Motto des Wirtschaftsministers, der seit Februar auch für Arbeit, Arbeitsrecht und Arbeitsmarkt zuständig ist. Eine unvollständige Auflistung geplanter Maßnahmen zeigt die eingeschlagene Richtung: Verschärfungen bei Zumutbarkeitsbestimmungen, Ausweitung des Teilkrankenstands, Wegfall der Frühpension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit, Ersetzung des Berufsschutzes durch einen "Einkommensschutz" und Arbeitsverpflichtungsprogramme.

Der Trick mit den Zahlen

Trotzdem sind die Diskussionen rund ums Thema Arbeitslosigkeit abgeflaut, vor allem wohl wegen der Stagnation der Arbeitslosenzahlen. Die lässt sich – neben dem Anstieg von Teilzeitbeschäftigungen – auf "Integrationsmaßnahmen" wie Kurse oder Transitarbeitsverhältnisse zurückführen, die zwar die Statistik schöner

machen, das Leben als ArbeitsloseR aber nicht. Transitarbeitsverhältnisse haben Übergangscharakter: Der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt soll erleichtert werden. Beispiel: das Home-service (SPÖ) bzw. das Heimservice (ÖVP) in Wien. 1999 wurden in diesen Projekten 45 Frauen betreut. Ihr Tätigkeitsbereich: Putzen, Waschen, Bügeln bei PrivatkundInnen. Neben einer sozialpädagogischen Betreuung soll auch bei der Arbeitssuche am eigentlichen (am "ersten") Arbeitsmarkt geholfen werden. Ganze 20 haben es 1999 geschafft, eine reguläre Anstellung zu finden. Ihre Tätigkeit jetzt: Putzen, Waschen, Bügeln.

Der Verein WOBES ist die männliche Variante. Der Unterschied liegt vor allem in der Tätigkeit, hier wird gebohrt, gehämmert und ausgemalt. Natürlich sind solche Projekte nicht prinzipiell abzulehnen, viele Frauen und Männer sind froh, wenigstens so eine Anstellung zu finden.

Real bedeuten diese Beschäftigungsverhältnisse schlechte Arbeitsbedingungen und minimale Entlohnung bei gleichzeitiger Verpflichtung zur Tätigkeit. Dasselbe gilt für Kurse: Ein "Angebot" vom AMS muss angenommen werden, sonst droht die Sperre des Arbeitslosengelds. Letztlich sehen wir eine Entwicklung, die auf Unsicherheit hinausläuft, auf den Rückzug öffentlicher Verantwortung – und auf Zwangsarbeit.

Die "Bürgergesellschaft"

Ein wichtiger Aspekt dieser Entwicklung ist das Entstehen des sogenannten Dritten Sektors. Ganz allgemein werden unter der Bezeichnung "Dritter Sektor" Organisationen zusammengefasst, von denen behauptet wird, sie seien weder dem Staat noch dem Markt zuzuordnen (NGOs und NPOs). Real verkörpern sie den Rückzug des Staates aus bestimmten Tätigkeitsbereichen und die Umwandlung in private Dienstleistungsbetriebe. Bestes Beispiel: das AMS. Die Bezeichnung Dritter Sektor ist dementsprechend irreführend: Es ist kein drittes Element neben den vermeintlichen

Polen Staat und Markt im Entstehen.

Seinen ideologischen Hintergrund hat der Dritte Sektor in der Idee einer Zivil- oder Bürgergesellschaft, die den Kern bürgerlicher Demokratie im "zivilen Bereich" losgelöst von Staat und Konzernen sehen. Alle zivilgesellschaftlichen Konzepte haben kommunaristische Elemente: Mit moralischem Regelwerk und gemeinschaftlichen Vorstellungen wird die Wichtigkeit nachbarschaftlicher Hilfe betont. Die tut man/frau nicht für Geld, sondern der Nächstenliebe wegen.

Und schon haben wir eine Begründung für Zwangsarbeit. Laut Koalitionsabkommen sollen Menschen für einen geringen Zuschlag zur Arbeitslosen verpflichtet werden können, gemeinnützige Tätigkeiten zu verrichten. Gemeinnützigkeit ist dabei natürlich ein dehnbare Begriff.

Die Arbeitslosigkeit wird so nicht sinken, im Gegenteil. Neben der Lohnarbeit hat es aber schon immer unentgeltlich zu verrichtende Tätigkeiten gegeben: Hausarbeit. Wenn nun Arbeiten wie Krankenbetreuung nicht bezahlt sondern in den individuellen Verantwortungsbereich abgeschoben werden, gibt es ganz automatisch weniger entlohnte Arbeit. Die übrige Erwerbsarbeit wird möglichst unsicher ("flexibel") auf die Bevölkerung aufgeteilt – die Unternehmen wissen, wie sie sich Profite sichern.

Natürlich sollen Menschen nicht verhungern – eine gewisse finanzielle Absicherung muss sein. Andreas Khol hat deshalb in seiner Bürgergesellschaft eine Grundsicherung vorgeschlagen, genauer: ein Bürgergeld als Belohnung für Gemeinnützigkeit. Von bürgerlich-liberaler Seite hat das Liberale Forum ein Modell der Grundsicherung formuliert. In beiden Modellen wird betont, dass eine solche Grundsicherung natürlich niedrig angesetzt sein muss, um einen Anreiz zur Lohnarbeit aufrecht zu erhalten. Je niedriger sie angesetzt wird, desto höher ist der Lohndruck.

Die Bürgergesellschaft kann als hinter den derzeitigen Entwicklungen stehender Idealtypus gesehen werden. Dem Staat werden Verantwortungen

entzogen, die entweder von Dienstleistungsbetrieben oder unentgeltlich im Rahmen der Familie bzw. von Arbeitslosen verrichtet werden sollen. Eine finanzielle Minimalabsicherung soll "Umverteilungsmaßnahmen" ersetzen. Durch gleichzeitige Deregulierung und Flexibilisierung werden Beschäftigungen unsicher, Profite aber maximiert. Der Kreis von Teilzeitbeschäftigungen zu Familienideologie und Zwangsarbeit schließt sich. Das Drei-Säulen-Modell für Pensionen, Selbstbehalte im Gesundheitswesen, Kindergeld, ... – alles Schritte in Richtung einer Gesellschaft, die nach den Maßstäben einer Bürgergesellschaft funktioniert.

Für eine wirkliche Alternative!

Dem haben Intellektuelle verschiedene Modelle gemeinschaftlicher Gesellschaftsorganisation entgegensetzen versucht. Gemeinsam ist diesen Modellen eine Art von Grundsicherung, die auch jene Arbeiten finanziell absichern soll, die "nicht markttauglich sind". Doch wer soll so ein Modell umsetzen? Sind es die Multinationalen Konzerne und bürgerliche Regierungen, dann befinden wir uns eh schon am Weg. Ergebnis: siehe oben.

Sollen allerdings ArbeiterInnen und Jugendliche eine Veränderung bewirken, dann liegen ganz andere Schritte nahe: eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn und die Absicherung von Arbeitsverhältnissen. Letzten Endes eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel nicht individueller sondern gesellschaftlicher Besitz sind. Nur dann ist die Grundlage geschaffen, die Bedürfnisse jeder/jedes Einzelnen zu berücksichtigen.

Zurecht sind "Working Poor" und Arbeitslosigkeit Dauerbrenner der politischen Debatte. Sie sind aber keine Sachzwänge gesellschaftlicher Entwicklung – sie sind das Ergebnis menschlicher Handlungen vor dem Hintergrund von widersprüchlichen Interessen. Nach wie vor macht der Mensch seine Geschichte selber.

Ken Horvath

Das Versagen der neuen Weltordnung



Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus verkündete 1991 der damalige US-Präsident Bush (sen.) die „Neue Weltordnung“. Die USA hatten die „saubere“ Schlacht am persischen Golf gegen den Irak 1990/'91 geschlagen und sich damit als letzte übriggebliebene Supermacht etabliert.

Die geistigen Aushängeschilder der Bourgeoisie meinten, die Geschichte sei in dem Sinne zu Ende, dass der Kapitalismus unter US-Führung gesiegt hätte. Ab nun gäbe es Stabilität und eine friedliche Entwicklung. Aber genau genommen ging der Krieg gegen den Irak in Form von regelmäßigen Bombardierungen und Sanktionen weiter. Der ehemalige republikanische Spitzenpolitiker Francis meinte 1998: „Die Kriege, die wir führten, die Bomben und Raketen ..., die Menschen, die wir töteten, die Rechte und Prinzipien, die wir verletzen ..., brachten weder Frieden noch Stabilität ...“ Also nichts mit der „Neuen Weltordnung“! Und so stehen ein Jahrzehnt später ganze Regionen in Flammen, die politische Instabilität in den Zentren wächst ebenso und die Weltwirtschaft wankt vor dem Abgrund einer unausweichlichen Krise.

Welt-Unordnung regiert

Die Eskalation im Nahen Osten ist bezeichnend für die Neue Unordnung: Der US-Imperialismus warf mit dem 1993 begonnenen Osloer „Friedensprozess“ sein gesamtes Gewicht in die Waagschale. Spätestens seit Oktober verblutete jegliche Illusion in die kapi-

talistische Diplomatie. Eine wahrscheinliche Perspektive für diese Region fand bereits in den 90ern in Europa statt: mit den Kriegen und Bürgerkriegen am Balkan, dem Zerfall Jugoslawiens.

Ein Wahlkampfthema zwischen Gore und Bush (jun.) war das zukünftige Verhalten der USA in regionalen Konflikten. Gores Anspruch, militärische Einmischungen weiterhin grundsätzlich zu bejahen, setzt Bush auf eine andere Linie: Zurückziehen auf den eigenen Kontinent, Aufbau der Verteidigung (z.B. Raketenprogramm) und weniger Verstrickungen in nicht unmittelbar die USA betreffende Konflikte. Nach dem Golfkrieg haben sich die USA an mehreren Orten (z.B. Somalia) die Finger verbrannt. Das „Vietnam-Syndrom“ – enorme Verluste und Antikriegsbewegungen im eigenen Land – sitzt der US-Gesellschaft den Herrschen noch immer im Hinterkopf.

Neue Kriege sind Bürgerkriege

Der Zusammenbruch des Stalinismus beendete die Ära des Kalten Krieges. Und trotz des Stalinismus mit seiner absolut undemokratischen Struktur, stellte der „Osten“ allein durch die Existenz einer Planwirtschaft eine Systemalternative dar. Dies hatte in den entwickelten Ländern Auswirkungen, noch stärker aber in der sogenannten „Peripherie“. Dort ging es um geostrategische Einflusssphären. Kriege waren in erster Linie „Stellvertreter“-Kriege und von militäri-

schen Interventionen der beiden Supermächte gekennzeichnet. Dass in Europa zwischen 1947 und 1989 kein größerer Krieg stattfand, hing mit diesem Gleichgewicht der Kräfte auf Weltebene zusammen.

Im letzten Jahrzehnt waren über 90% aller Kriege Bürgerkriege. Der Kalte Krieg bot für viele unterentwickelte Länder durch geschicktes Lavieren zwischen den Machtblöcken Spielräume. Diese schwanden im Lauf der Zeit. Die Schuldenkrise der „Dritten Welt“ seit den 80ern einerseits und die Folgen der kapitalistischen Restauration im „Osten“ andererseits führten zum beschleunigten Zerfall. Soziale und politische Krisen entladen sich in bewaffneten Konflikten; vorrangig in national „empfindlichen“ Ländern. Das Neue an diesen „Neuen Kriegen“ ist die neue Weltlage. Diese Instabilisierung findet vor dem Hintergrund des gestärkten Imperialismus statt.

Drohende und akute Barbarei

In schwächeren und halbentwickelten kapitalistischen Ländern führt der Teufelskreis aus wirtschaftlicher Depression, politischer Krise und Kriegsgefahr bereits zum Auseinanderbrechen des Nationalstaats, der Basis der kapitalistischen Gesellschaft. Afrika (vor allem südlich der Sahara) ist aufgrund seiner am stärksten ausgeprägten Unterentwicklung Vorreiter des Verfalls. Aber auch in Europa existieren starke reaktionäre und separatistische Kräfte. Der Vlaams

Blok (Belgien) und die Lega Nord in Italien streben Teilung und Abspaltung an. Die FPÖ ist die derzeit stärkste rechtsextreme Kraft und ebenso Ausdruck dieses Verfalls der Gesellschaft.

Besonders dramatisch zeigt Nigeria diesen Prozess. Der Überwindung des Militärregimes im Mai 1999 folgte die Fortsetzung neoliberaler Politik durch die Zivilregierung. Die Instabilität zeichnet sich durch die Eskalation der nationalen und religiösen Konflikte aus, die das Land zum Auseinanderbrechen führen können. Andererseits sind Kämpfe der ArbeiterInnenklasse (v.a. der siegreiche 5-tägige Generalstreik gegen Öl-Preis-Erhöhlungen im Juni 2000) Chancen auf ein Gegengewicht zu den zentrifugalen Tendenzen. Die junge sozialistische Bewegung (das DSM ist die CWI-Sektion in Nigeria) verzeichnet ein starkes Wachstum und darüber hinausgehende öffentliche Bedeutung.

„Regionale“ Instabilität kann noch weit größere Auswirkungen haben. Es gibt keine Sicherheit, dass sich etwa der latente Kaschmir-Krieg zwischen Indien und Pakistan (beide verfügen über einsatzbereite Nuklearwaffen) nicht binnen kurzer Zeit zu einem Krieg entwickelt, der in Folge größere imperialistische Mächte einbezieht.

Öl-Schock als Vorbote

Die Turbulenzen um den Öl-Preis (ab März 2000 über 30, derzeit leicht unter 30 US\$ pro Barrel Rohöl) widerspiegeln mehrerlei: Darunter die zunehmenden Konflikte zwischen den nationalen kapitalistischen Klassen. Selbst US-treue Regimes wie Saudi-Arabien (größter Anteil in der OPEC) müssen stärker als früher auf ihre eigenen Interessen schauen und unterstützen die Anhebung der Öl-Preise. 1999 lag der Preis für Rohöl bei 8 bis 12 US\$ pro Barrel. Ein Dollar Unterschied kostet der saudischen Bourgeoisie 2,5 Mrd. pro Jahr! Für die imperialistischen Mächte sind diese niedrigen Rohstoff-Kosten sehr gut; für die öl-produzierenden Länder und die Öl-Multis nicht. Ein Effekt niedriger Öl-

Preise ist die verstärkte Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse der unterentwickelten Länder. Die 90er waren darüber hinaus das Jahrzehnt der neoliberalen Offensive, getragen von IWF und Weltbank. Diese senkte den Lebensstandard der Massen weiter. Das sind die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses und nicht etwa die Grundsteinlegung einer neuen industriellen Revolution. Produktion wird global ab-, nicht aufgebaut.

Zu tief darf der Öl-Preis aus Sicht des Westens allerdings auch nicht sinken. Aufgrund strategischer Überlegungen zu Rußland (Stabilisierung Jelzins nach der Finanzkrise 98) läutete die USA den Gegentrend ein. Der Motor der Preis-Entwicklung innerhalb der OPEC (Organisation der öl-produzierenden Länder - ohne Rußland, USA, China, Britannien, Frankreich, Kanada, Mexico) ist Venezuela. Dort ist die radikal bürgerliche Regierung Chavez unter dem Druck der Massen an der Macht. Chavez steht einerseits für ein neues Selbstbewusstsein gegenüber dem Imperialismus. Und andererseits für ein Politik, sich über die Erhöhung des Öl-Preises das zurück-zuholen, was durch die niedrigen Preise der letzten Jahre und die asiatische Währungskrise verloren ging.

Revolte und revolutionäres Potential

Die Stärke von Chavez kennzeichnet Aufruhr in der Gesellschaft. Es gärt nicht nur in Teilen der ArbeiterInnenklasse. Die Krise radikalisierte bereits die verbliebenen, tendenziell geschwundenen Mittelschichten. Der Antiimperialismus erhält wieder Dimensionen, die die USA zwingen, zu militärischer Einschüchterung zu greifen. Das ist der wesentliche Grund ihrer aktuellen Aktivitäten in Kolumbien.

Die Öl-Proteste und Blockaden in Europa, v.a. Frankreich und Britannien, zeigen diese Polarisierung auch in der „Ersten Welt“. Die Schwächen des Systems ziehen mittlerweile einst bessergestellte Schichten

mit in den Strudel nach unten. Das ist beachtenswert. Die ArbeiterInnenbewegung muss sich in solchen Protesten in der Aktion, wie ideologisch die Führung erarbeiten. Ansonsten kann die Radikalisierung nach Rechts und somit in die vorprogrammierte Niederlage führen. Die potentielle Stärke der ArbeiterInnenklasse war nie größer; die Einsicht in diese Stärke wird in Entwicklungen aufgebaut werden können, die den zukünftigen Erhebungen und Kämpfen folgen.

Zurück zum Öl

In den Jahren niedriger Rohölpreise investierten die Öl-Konzerne kaum in Raffinerie-Kapazitäten und Transportwesen. Das ist für die heutige Situation mit ausschlaggebend. Engpässe können auftreten. Finanzspekulation am Öl-Markt gehört zu den Hauptgründen des dramatischen Preis-Anstiegs. Eine Stabilisierung des Öl-Preises zwischen 22 und 28 US\$ pro Barrel, sowie das Anzapfen der strategischen Öl-Reserven in den USA wird an der Gesamtsituation nichts ändern. Wir sehen die Vorboten einer Weltwirtschaftskrise.

Weltwirtschaftskrise kommt

Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale CWI bezeichnete die Wirtschaftskrise in Asien 1997/98 als Wendepunkt in der post-stalinistischen Ära. Es war weder ein regional begrenzter, noch ein beschränkter Zusammenbruch des Finanz- und Bankensektors. Die Krise zeitigte Auswirkungen auf Ökonomien rund um den Globus und die „Realwirtschaft“ (=Produktion) wurde ebenso in Mitleidenschaft gezogen. Millionen Menschen sind direkt betroffen. US-Investoren reagierten und zogen Kapital in die USA ab. Damit stärkten sie den auf Kredite und Hochtechnologie-Aktien gestützten US-Boom der letzten Jahre. Doch dieser neigt sich seinem Ende zu. Dieser Boom, der verstärkt durch den schwachen EURO (=billige Exporte für Europa) die EU-Wirtschaft mitzieht,

gründet sich vor allem auf den Konsum der oberen Schichten, gestützt auf enorme Verschuldung (Kredite sind aufgrund eines niedrigen Zinsniveaus günstig) und die Dynamik in der Spekulation. All das verzögert die kommende Krise nur. Vereinfacht gesagt, kann das Platzen der „Blase“ (so wird die strukturelle Aktien-Überbewertung genannt) umso „lauter“ sein, je größer diese Blase wird. Ein Problem ist das steigende Ungleichgewicht zwischen Realwirtschaft und Spekulation: Kurz vor dem großen Börsenkrach 1929 betrug das Verhältnis von Aktienkursen zu den realen Gewinnen der Unternehmen 32,6, heute liegt es über 44.

Das Ende der Illusionen in die Hochtechnologie-Werte und die Öl-Krise rufen in Erinnerung: Die reale Produktion macht's aus. Die günstigen Rohstoffpreise waren noch für den wirtschaftlichen Zyklus der 90er wichtiger als das Modell der „New Economy“. Mit diesen Illusionen ist es nun vorbei. Der Hochtechnologie-Index „Nasdaq“ ist seit dem Frühling entzaubert. Viele High-Tech-Firmen befinden sich in Existenzkrisen. Scharfe Anstiege in den Energiepreisen sind (laut eines Ökonomen aus dem „Observer“ vom 3. September) „der bester Vorbote eines kommenden Zusammenbruchs“. Die weiteren Krisenfaktoren, wie Überproduktion und Deflation (Verfall der Marktpreise), bedrohen die ArbeiterInnenklasse direkt: In der Autoindustrie belaufen sich die Überkapazitäten auf über ein Drittel. Das entspricht weltweit rund 80 Fabrikstandorten, und damit zigtausenden Arbeitsplätzen. Die aktuellen Megafusionen und Übernahmen dienen den Kapitalisten meistens dazu, diese Überkapazitäten abzubauen und sich durch größere Bereiche abzusichern.

Die ArbeiterInnenklasse ist und bleibt die wichtigste Produktivkraft. Die verstärkte Mobilität von Kapital (Stichwort Globalisierung) führt heute zu Deindustrialisierung und zementiert strukturelle Massenarbeitslosigkeit sowie „McJobs“ mit Hungerlöhnen. All

das erodiert die soziale Basis der Gesellschaft. Es sind diese Schwächen des US-Booms, dass er nicht in der Lage war, erstens das Proletariat voll in die Produktion zu integrieren und zweitens den Lebensstandard der Massen zu heben. Das ist ein Riesenunterschied zum Nachkriegsaufschwung bis Mitte der 70er.

Wirtschafts-Krise ist nichts neues

Die US-Bundesbank ist sich der Spekulations-Blase schon länger bewusst. Sie läutete mit steigenden Zinsen (teurere Kredite, daher weniger Aktienkäufe) die Trendwende ein. Doch eine Kettenreaktion kann sehr schnell zu weit führen: nämlich zu Konsum- und Investitionsrückgang sowie „faulen“ (= uneinbringbaren) Krediten.

Eine der wichtigsten Märkte der Weltwirtschaft fiel bereits vor 10 Jahren in eine solche Rezession: Japans Spekulationsblase platzte 1989/90. In Folge versuchte man/frau mit massiver staatlicher Intervention die Wirtschaft wieder anzukurbeln, aber sie stagnierte weiter. Eine Erholung wäre nur durch einen unbegrenzten Boom in den USA möglich. Diese Hoffnung geben selbst immer mehr bürgerliche Ökonomen auf.

Das derzeitige Plus des schwachen EURO für die EU-Bourgeoisie wird sich durch die Krise in ein Minus verwandeln. Den Preis dafür soll die ArbeiterInnenklasse zahlen. Schon jetzt durch den Sozialabbau, Job-Unsicherheit und all die anderen „Zwänge“ der „Globalisierung“ getroffen, hat eine Finanzkrise schreckliche Effekte: Arbeitsplätze werden vernichtet. In den USA liegt ein Drittel(!) des Vermögens der ArbeiterInnenklasse auf der Börse. Wenn etwa solche Pensionsfonds zusammenbrechen, trifft dies Millionen, nicht nur einige Milliarden!

Die Kapitalisten und ihre Politiker haben keine Lösung. Sie hätten sie gern, aber die systematischen Widersprüche treiben die Krisenspirale voran. Lösungsansätze verschreiben sich der Absicherung von Profiten, der

Verteidigung von nationalen und Gruppeninteressen (z.B. durch Protektionismus, Handelskriege), der Flucht in militärische Aggression und Nationalismus.

Neue Ära der ArbeiterInnenbewegung

Die Rückkehr der ArbeiterInnenklasse auf die Bühne der Geschichte ist eine Voraussetzung für den Ausweg aus der Krise. Diese Rückkehr findet nicht geradlinig statt. Der ArbeiterInnen-Aufstand zum Sturz Milosevics beweist es. Das Fehlen sozialistischen Bewusstseins und solcher Parteien verhindert nicht die Aktion, die Bewegung. Jedoch sind diese Faktoren ebenso ausschlaggebend für eine siegreiche Erhebung. Die Illusionen in die jetzige kapitalistische Führung ist zwar geringer als unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Stalinismus

Anfang der 90er. Enttäuschungen und Niederlagen sind dadurch vorprogrammiert. Die Klasse muss sich in den unausweichlichen sozialen und politischen Kämpfen neue Massen-Organisationen mit sozialistischem Programm aufbauen. An RevolutionärInnen liegt es, in diesem Prozess eine bewusste und verantwortungsvolle Rolle zu spielen. Die neue Ära der internationalen ArbeiterInnenbewegung steht nicht vor der Tür – wir sind mittendrin.

Franz Breier Jun.

Zum Weiterlesen:

Die Lage der Welt
Beschlüsse
des 7. Weltkongresses
des CWI

110 Seiten
65 öS .-
(inkl. Porto)

Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser PSK-Konto 8812.733 (Name und Adresse angeben!)

"New economy" - alte Probleme



Hinter dem Schlagwort der „New economy“ steckt nichts anderes, als der Glaube an ein neues Wirtschaftswachstum ohne Ende. Die ökonomische Basis dafür soll der in den letzten Jahren boomende Bereich Technologie, Medien und Telekommunikation (=TMT) bieten. 1993 erstmals in der renomierten „Harvard Business Review“ dargelegt, sollte die „New economy“ dem Kapitalismus den Schwung verleihen, sich über Krisenzeiten zu retten und eine „dritte industrielle Revolution“ auszulösen.

Doch der Wunsch und Theorien über einen stetig wachsenden Kapitalismus ohne Krisen, sind so alt, wie der Kapitalismus selbst. So schrieb auch eine andere internationale Wirtschaftszeitung, die „Business Week“, über die neue Zeit von einem „unvergleichlichen Aufschwung der Wirtschaft in der neuen Ära“. Der einzige Haken daran: das war im September 1929 und was ein paar Wochen darauf folgte, war der „Schwarze Freitag“ und der Beginn der größten weltweiten Weltwirtschaftskrise.

Nasdaq-Crash und seine Folgen

Der 1973 etablierte HT-Aktien-Index Nasdaq („Internet-Börse“) erlebte bis März 2000 einen ununterbrochenen Steigflug. Der HT/IT-Anteil an den absolut zunehmenden Gesamtinvestitionen wuchs in den 90ern von 30% auf 60%. Seitdem folgt Dämpfer um Dämpfer. Binnen weniger Wochen verlor Nasdaq über ein Drittel. Im Sog dieser Turbulenzen befinden sich

Börsen weltweit und genauso „klassische“ Aktien-Werte. Internet-Firmen verlieren derzeit pro Quartal 10 bis 30 Millionen US\$.

Nicht bloß „dot.com“-Emporkömmlinge (=reine Internetfirmen) stecken in veritablen Schwierigkeiten mit Verlusten bis zu 75% des Ausgabepreises. „Big players“ wie IBM, Microsoft, Xerox werden ebenso durchgeschüttelt. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der Börsengang der Telekom Austria. Anstatt eines steilen Kursgewinns, wie bei den internationalen Telekom-Werten in den letzten Jahren, setzte sie nicht nur bei einem sehr niedrigen Ausgabepreis an; sie fiel um 12% während des ersten Tages, um mit einem Verlust von 7% zu schließen.

Mit dem unerschütterlichen Glauben in die Hoch- und Informationstechnologie (HT/IT) ist es seit dem Frühjahr 2000 vorbei. Die unmittelbaren Gründe dafür sind steigende Zinsen, Währungsschwankungen und die tiefgehende Vertrauenskrise. Im Fall Microsoft vergrößert die kommende bzw. bevorstehende Aufspaltung des Konzerns die Unsicherheit in der Branche noch weiter.

Nach dem Saufen das Kopfweh

Obleich die Mehrheit der IT-Firmen keine Aussicht bot, in Zukunft Profite aus geschaffenem Mehrwert (= Arbeit und Produktion) zu realisieren, wurden ihnen gewaltige Kredite eingeräumt. Der Spekulations-Boom reichte als Sicherheit. Kredite wurden auch an Spekulanten verschleudert. Der be-

schleunigte Anstieg der Kurse stand im Missverhältnis zu den Dividenden und Kapitalzuwächsen, geschweige denn den realen Werten dieser Firmen.

Aber auch dieses „Missverhältnis“ ist nichts grundlegend Neues. So schrieb bereits Oscar Wilde an der Wende zum 20. Jahrhundert sarkastisch über die Börse, sie sei ein Markt, der den Preis von Allem und den Wert von Nichts kennt. Damit spielte Wilde schon damals auf den Umstand an, dass die Preise der an den Börsen gehandelten Aktien nicht mehr ihren realen Werten entsprachen.

Anstatt neue Werte zu schaffen, wurde nur innerhalb einer imaginären „Spekulationsblase“ bereits erwirtschaftetes Kapital „umverteilt“. So beruht(e) auch der jetzige US-Boom vor allem am Konsum, eben dieser Spekulationsblase und dessen bisherigen Gewinnen. Aber auch damit ist es jetzt vorbei! Was bleibt sind Schuldenberge und kaum leistbare Kredite. Stottert aber der US-Motor einmal, ist der Kollaps in den abhängigen Märkten nur noch eine Frage der Zeit.

Illusionen und Irrungen der Kapitalstrategen

Die Mehrheit bürgerlicher Ökonomen und Kommentatoren prophezeiten im letzten Jahrzehnt eine neue wirtschaftliche Ära. Der Kapitalismus fände einen Umweg um seine klassischen Zyklen von Wachstum und Krisen. Wundermittel dafür seien Computerisierung und Informationstechnik. Besonders schlaue Leute

argumentieren, dass trotz der gewaltigen Unterschiede zwischen Reich und Arm eine langsame Entwicklung der Angleichung möglich sei. Ins Treffen werden dann "beeindruckende" Zahlen gebracht: Der Ausweg aus der Armutsfalle liegt z.B. darin, dass in China 50 Millionen Mobiltelefone besitzen und 19 Millionen Haushalte in Indien gar Uhren! (Micklethwait und Wooldridge; "A future perfect - the challenge and hidden promise of globalisation"; Heinemann 2000).

Hier liegt neben Unklarheit über die Relationen (China: 1,2 Milliarden Einwohner; Indien: 1 Milliarde) auch Wirklichkeitsverlust vor: Die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt in absoluter Armut! Der Vergleich der IT mit den Errungenschaften und Erfindungen der Technologischen Revolutionen vor rund einem Jahrhundert (Motoren, Elektrizität, Telefon, Radio) ist falsch. Ein Handy ist nichts Neues.

Die Übermittlung elektromagneti-

scher Wellen wird schon viel länger angewandt. Der Otto-Motor ist bis heute nur verbessert, aber nicht verändert worden. Flugzeuge fliegen nach demselben Prinzip wie zu Lindbergs Zeiten. Den Mond erreichte man schon Ende der 50er (Lunik 2-Sonde 1959), nicht erst, seitdem es möglich ist, in der Schlange vor der Kinokasse stehend, noch flucks mittels WAP-Handy Karten reservieren zu lassen.

Systemwiderspruch

Der Kapitalismus vernichtet letztlich die Potentiale von Erfindungen und der menschlichen Arbeit. "Seine" technologischen Entwicklungen sind nur der Schatten des Möglichen. Technologien werden zur Destruktion (Kriege) entwickelt, nicht zur Konstruktion der Zukunft. Die bloße Effizienzsteigerung der Datenverwaltung und die Beschleunigung des Informationsaustauschs ERSETZEN nicht die Produk-

tion, die Industrie. (Hier baut der globalisierte Kapitalismus ab.) Die Vergrößerung gesellschaftlichen Reichtums liegt in der menschlichen Arbeitskraft. In modernen Technologien steckt die Summe menschlicher Arbeitskraft. Diese Mittel können bestenfalls nur der Effektivierung der künftigen Arbeit dienen. Genauso wie es kein perpetuum mobile (ewig funktionierendes System ohne äußere Zufuhr von Energie) geben kann, kann keine Gesellschaft ohne Arbeit (= Zufuhr von Energie) auskommen. Für die Profitwirtschaft liegt hier der Widerspruch. Sie ist gezwungen, vor der Realwirtschaft in die Spekulation zu fliehen. Auf der Strecke bleibt die Mehrheit der Menschen. Diesen Widerspruch kann nur eine globale, demokratisch geplante Wirtschaft lösen. Es liegt in dieser pragmatischen Erkenntnis, warum Sozialismus notwendig ist.

Franz Breier jun.

Genosse Horst Steinert, Antifaschist und Kommunist, ist im Alter von 83 Jahren in Berlin gestorben

"Ich hab' bis zum Schluß gekämpft!"

"Sagt Allen, ich hab' bis zum letzten Tag gekämpft", war die Botschaft von Horst Steinert an die Konferenz der SAV, der deutschen Schwesterorganisation der SLP. Horst war 73 Jahre lang aktiver Kämpfer in der revolutionären ArbeiterInnenbewegung. Er war die Verkörperung des antifaschistischen, kommunistischen Arbeiters, der sein ganzes Leben in den Dienst des Kampfes gegen Unterdrückung und Ungleichheit gestellt hat.

Horst trat 1927 im Alter von zehn der Kommunistischen Jugend bei. Am 1. Mai 1929 war er unter den Verletzten, als die SPD auf demonstrierende ArbeiterInnen schießen ließ. Horst war antifaschistischer Widerstandskämpfer, leistete "Maulwurf"-Arbeit in der Hitler-Jugend, baute dort eine Gruppe von 400 JungkommunistInnen auf. Er war dreieinhalb Jahre im Gefängnis - wieder draußen fälschte er Ausweise, mit denen 2.000 Juden dem Konzentrationslager entkommen konnten.

Nach der Niederlage des Hitler-Faschismus hoffte er, in der DDR würde nun das Zeitalter des Sozialismus anbrechen. Er erkannte aber bald, dass der DDR-Stalinismus nicht das war, wofür er gekämpft hatte. Horst nahm am 17. Juni 1953 am ArbeiterInnenaufstand in Ostberlin teil und trat kurze Zeit später aus der SED aus.

Die SAV hat Horst Anfang der 90er Jahre kennengelernt, als sich in Ostdeutschland nach der kapitalistischen Vereinigung die Nazis wieder breit machten. Mit seinen damals 75 Jahren wurde er eines der aktivsten Mitglieder von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE). Die Jugend zu erreichen und gegen den Faschismus zu mobilisieren, war in seinen letzten Lebensjahren der Mittelpunkt seiner politischen Aktivität. Horst war bei jeder Demonstration, JRE-Versammlung, bei jedem Info-Stand dabei und trieb uns immer wieder zur Aktivität an. 1994 wurde er Mitglied der SAV

und fand in unserer Partei bis zu seinem Tod eine neue politische Heimat.

Horst hat im wahrsten Sinne des Wortes bis zu seinem Tod gekämpft. Noch vor drei Wochen besuchte er die Schulklasse eines SAV-Mitglieds, das von rechten Jugendlichen in seiner Schule bedroht wird und gestaltete eine Unterrichtsstunde über die Erfahrungen des Hitler-Faschismus. Er nahm am 7. Oktober an der Demonstration gegen die NPD-Bundeszentrale teil und hielt vom SAV-Lautsprecherwagen seine letzte Rede.

Wir waren und sind besonders stolz, dass Horst zu unserer Internationale gehörte. Er hat uns Mut gemacht, angetrieben, zum Lachen gebracht. Er hat uns vorgelebt, was es heißt, Antifaschist, Kommunist, Revolutionär zu sein. Uns bleibt, sein Vermächtnis anzunehmen und den Kampf für eine sozialistische Zukunft mit noch größerer Energie und Entschlossenheit weiter zu führen.

Auf zu neuen Ufern!



In der ersten Hälfte der 90er gab es zwar schon bald nach dem Kollaps des Stalinismus im Osten Europas wieder Bewegungen der ArbeiterInnenklasse, z.B. den ÖTV-Streik in Deutschland oder den Air France Streik in Frankreich. Diese Jahre waren aber dennoch vom scharfen Wind des kapitalistischen Triumphgeheuls geprägt.

Während in den ersten Jahren der 90er der Neoliberalismus (oft auch hinter dem Schlagwort Globalisierung verborgen) ähnlich einer Religion „unhinterfragbar“ war, ist das Jahr 2000 zum endgültigen Wendepunkt in der nach-stalinistischen Ära geworden.

Die Massendemonstrationen gegen die Aushängeschilder des Weltkapitalismus WTO, IWF und Weltbank in Seattle, Washington D.C., Melbourne und Prag haben die totale Hegemonie des neoliberalen Weltkapitalismus die ersten Risse in der Fassade zugefügt. Sie waren der sichtbare Ausdruck einer grundlegenden Veränderung im Bewusstsein hunderttausender, ja millionen Menschen.

10 Jahre Regentschaft des „Shareholder Value“ mit einer rigorosen „Spar“politik selbst in den reichsten Ländern der Welt hat ihre Spuren hinterlassen. Die Reichen werden nur deshalb nicht in die soziale Pflicht genommen, weil sie den Schwächeren einen Aufstieg in Aussicht stellen. Nun wird vielen Menschen aber bewusst, dass sie trotz „Fleiß“ und redlicher Bemühungen diesen Aufstieg nicht schaffen werden, ja gar nicht schaffen konnten. Für Viele zeigt die Realität im

Gegenteil gesellschaftlichen Abstieg oder zumindest die reale Gefahr, dass ein solcher eintreten wird.

Die ersten dunklen Wolken am Horizont

Die Anzeichen, dass das Kapital nicht widerstandslos seine zentralen Projekte durchbringen wird, mehren sich seit Mitte der Neunziger. In Frankreich erzwang ein Generalstreik 1995 die erste signifikante Rücknahme von Sparplänen einer konservativen Regierung, in Italien wurde zuvor schon eine rechte Regierung vor allem wegen ihrer Attacken auf das Pensionssystem von einer Massenbewegung zu Sturz gebracht.

Eine entscheidende Wende nahm die Entwicklung 1997 als die Vorzugsschülerin des Kapitalismus, die südost- und ostasiatische Wirtschaft, wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrach. Eine Eruption von Massenbewegungen erschütterten die Region. Die angeblich so streb- und genügsamen ArbeiterInnen in Südkorea und Indonesien rüttelten gehörig an den Grundfesten ihrer kapitalistischen Regime.

Eine der brutalsten Diktaturen der Welt, jene von Suharto in Indonesien, stürzte nach wochenlangen Massenaufständen. Auch wenn die indonesische Revolution nicht bis zum Ende ging, und im Wesentlichen die Strukturen der Macht, Unterdrückung und Ausbeutung intakt geblieben sind, so stellte diese „unvollendete“ Revolution, doch den Beginn einer neuer Welle

von Aufständen, Revolten und Revolutionen dar. Diese revolutionäre Welle ist noch klein, und es besteht keine direkte Vernetzung zwischen den einzelnen Bewegungen, aber und das ist entscheidend, sie hat noch keine große Niederlage hinnehmen müssen und ihre Tendenz zeigt aufwärts.

Interessanterweise schwappte die revolutionäre Welle von Südostasien nach Lateinamerika. Die Aufstände in Ecuador und Bolivien, in denen die Aufständischen bereits nach der Macht griffen, sie aber nicht zu halten vermochten, die Wahl von Präsident Chavez in Venezuela und eine Stabilisierung Kubas zeigen alle in eine Richtung: In Lateinamerika brauen sich neue soziale Stürme zusammen.

In der Höhle des Löwen

Waren die Vorboten einer neuen Radikalisierung an der Peripherie des Weltkapitalismus anzutreffen, ist sie seit November 1999 mitten in der Höhle des Löwen angekommen. Die tagelange Belagerung der amerikanischen Stadt Seattle durch zehntausende AktivistInnen aus Umweltschutz-, Gewerkschafts-, Frauenrechts-, „3.-Welt“-, Menschenrechts-, und verschiedenen linken Gruppen machte einen ordnungsgemäßen Ablauf der WTO-Tagung unmöglich. Die Konferenz scheiterte letztlich an der Blockade durch die US-Regierung, die – auch aufgrund der Proteste sich nicht durchsetzen konnte. Seit diesem Treffen der WTO konnten die

Institutionen des Weltkapitalismus keine Konferenz mehr abhalten, die nicht massiv von Protesten behindert worden wäre, sieht man/frau von einem Treffen auf einer abgeschiedenen japanischen Pazifikinsel ab. Seit Seattle wurde in Washington D.C., London, Melbourne (Australien), Prag und Nizza die jeweilige Konferenz belagert. Den Palästen ist der Krieg erklärt worden.

In dieser Bewegung gibt es einige Momente, die eine detaillierte Betrachtung rechtfertigen. Die AktivistInnen dieser Bewegung sind in den USA hauptsächlich Studierende und besser Gebildete, die sich in Ein-Punkt-Bewegungen engagiert haben. Seattle war der Ort, wo sie einander kennen lernten. Diese gemeinsame Demonstration ließ die gemeinsamen Interessen erkennen und machte den gemeinsamen Gegner namhaft. Darüber hinaus beteiligten sich in Seattle auch ArbeiterInnen. Einige Gewerkschaften kämpften Seite an Seite mit Studierenden, die gegen die „Superausbeutung“ von ArbeiterInnen in der sogenannten dritten Welt kämpften. Das Besondere in Seattle war gerade die Beteiligung der Gewerkschaften, aus diesem Umstand ist nicht zu letzt die Schlagkraft dieser Mobilisierung zu erklären. Der Spitze der Teamsters (US-TransportarbeiterInnen-Gewerkschaft) ist die Dynamik der Proteste wohl unheimlich geworden. Sie mobilisierten für die Proteste in Washington D.C. nicht mehr. Die Präsenz der Gewerkschaften drängte die in Seattle anwesenden rechten, konservativen und auch obskuren Kräfte, die versuchten aus der Antiglobalisierungsstimmung ihr Kapital zu schlagen, zurück.

In diesen Protesten ist auch eine internationale Dimension eröffnet worden. Die Macht der multinationalen Konzerne, die nicht nur die Bedingungen der ArbeiterInnen in den USA, sondern weltweit diktieren, steht im Mittelpunkt der Bewegung. Seattle hat auch den AktivistInnen in anderen Regionen der Welt Auftrieb gegeben. So wurden solche Massenproteste auch in Australien und Europa mög-

lich. Seattle wurde zum Symbol für die „Globalisierung der Antiglobalisierung“.

Nicht zuletzt das brutale Vorgehen der Polizei in Seattle und andernorts gegen die Demonstrierenden öffnete vielen AktivistInnen die Augen, auf welcher Seite der Staatsapparat steht. Weiße Studierende aus der Mittelschicht konnten plötzlich nachvollziehen, was mit dem Wort „Polizeiübergreif“ gemeint ist. Eine Erfahrung, die die AktivistInnen der Black und Latino Communities ihnen voraus hatten. Seattle war der Startpunkt einer breiten Bewegung gegen die Aushängeschilder des Kapitalismus, die bereits über die Mittelschichten hinaus geht.

Welches Bewusstsein spiegelt diese Bewegung wider?

„Wer hat die WTO gewählt?“, war ein prominenter Slogan in den Anti-WTO-Bewegungen. Dieser Slogan zeigt einerseits den Wunsch, das eigene Schicksal in die eigenen Händen zu nehmen. Andererseits zeigt er aber auch die Illusion in die Reformierbarkeit solcher Institutionen deutlich.

Das vorherrschende Bewusstsein in dieser Bewegung ist keinesfalls ein ausgeprägt sozialistisch, nicht einmal eindeutig antikapitalistisch. Im Wesentlichen ließe es sich als konzerkritisch beschreiben. Die AktivistInnen haben erkannt, dass die Welt nach der Pfeife einiger weniger multinationalen Konzerne tanzt und sind nicht länger bereit diese Dominanz so einfach hinzunehmen. Sie stellen Forderungen sozialer, ökologischer oder menschenrechtlicher Natur und verlangen, dass sich die Konzerne an diese Spielregeln halten.

Eine kleine Schicht hat bereits erkannt, dass die Konzerne nicht daran denken, ihre Profite und ihre Macht für „Spielregeln“ auf Spiel zu setzen. Es entwickelt sich eine sich radikalisierende Stimmung „gegen Konzerne“. Der Slogan: „Menschen nicht Profite“ bringt die Stimmung auf den Punkt. Viele AktivistInnen haben noch Illusionen in die Reformierbarkeit

und die Möglichkeit der Demokratisierung der Institutionen des Weltkapitalismus. Sie kämpfen für die Einhaltung von erkämpften Rechten und Gesetzen, sie kämpfen für die Demokratisierung aller Lebensbereiche, damit die Rechte und Gesetze den Bedürfnissen der Menschen entsprechen.

Dieses Bewusstsein ist noch nicht antikapitalistisch an sich, aber es birgt bereits einige Sprengkraft. Es spricht den Mächtigen im Kapitalismus die alleinige Verfügungsgewalt über Mensch und Natur ab. Noch ist den meisten AktivistInnen nicht bewusst, dass das Kapital sich nie und nimmer freiwillig in ihre Machenschaften dreinreden lässt, geschweige den bereit wäre, für eine „vernünftige Reform“ auf Profit zu verzichten. Die kommenden Kämpfe werden bei vielen AktivistInnen Erfahrungen mit sich bringen, die dazu führen werden, dass breitere Schichten den Kapitalismus als solches infrage stellen.

Vote Nader

Die Kampagne Ralph Naders bei den Präsidentenwahlen in den USA setzte an diesem verallgemeinerten Bewusstsein an. Trotz eines Wahlsystems, das KandidatInnen kleiner Parteien extrem benachteiligt, konnte Ralph Nader 2.7 Millionen Stimmen gewinnen. Die Kernpunkte seiner Kampagne trafen bei zehntausenden AktivistInnen aus der Umwelt-, Gewerkschafts- und Menschenrechtsbewegung exakt den Nerv. Das erklärt warum seine Kampagne im Gegensatz zu seiner Kandidatur bei den vorangegangenen Wahlen eine derartige Anziehungskraft entwickeln konnte.

Nader trat mit einem Programm gegen die Allmacht der Konzerne, für Konsumentenrechte und Umweltschutzmassnahmen, für den Aufbau eines öffentlichen Sozial- und Gesundheitswesens und für faire Weltbeziehungen ein. Vor allem aber trat er gegen die, in den Augen vieler eindeutig mit den Konzernen verbundenen, Großparteien auf. Der zentrale

Slogan: „Wer ist das kleinere Übel? Warum ein Übel wählen? Wählt Nader!“, bezeichnete den Befreiungsschlag, den die Naderkampagne für viele AktivistInnen bedeutete. Endlich konnte jemand gewählt werden, der tatsächlich „anders“ ist.

Besonders interessant an dieser Kampagne war, dass selbst ein charismatischer Kandidat mit bürgerlichem Hintergrund vom Elan der Kampagne nach links gedrängt wurde. Im Laufe der Kampagne sahen mehr und mehr AktivistInnen unterschiedlichster Bewegungen die Möglichkeit in diese Kampagne einzugreifen und brachten ihre Forderungen ein. Diese Forderungen fanden Widerhall in der Kampagne und so rückte der KonsumentInnenanwalt immer weiter nach links.



Auch wenn Ralph Nader alles andere als ein Sozialist ist, bedeutete der Erfolg seiner Kandidatur, vor allem aber die Art und Weise wie dieser Erfolg zu Stande kam, einen Bruch von radikalisierten Schichten der ArbeiterInnenbewegung mit den Demokraten. Dieser Bruch von kleinen aber bedeutenden Schichten der amerikanischen ArbeiterInnenbewegung mit den Demokraten stellt einen großen Schritt in Richtung eigenständige Organisation der ArbeiterInnenklasse dar. Genau dieser Schritt macht die Naderkampagne so bedeutend.

Die ArbeiterInnenklasse kehrt auf die Bühne des Klassenkampfes zurück

Die Naderkampagne und auch die Proteste in Seattle fielen zeitlich mit einer weiteren interessanten Entwick-

lung zusammen. In den USA regte sich die ArbeiterInnenklasse wieder. Nach jahrelangem Boom, der an den ArbeitnehmerInnen fast spurlos vorüberging, forderten sie ihren Anteil ein. Besonders erwähnenswert, dass gerade besonders hart unterdrückte Schichten große Fortschritte erkämpfen konnten. Der UPS-Streik 1997 war nur ein Vorbote und hat vielen prekär Beschäftigten Mut gemacht. In Los Angeles streikte das Reinigungspersonal der Krankenhäuser – großteils EinwanderInnen ohne Papiere – und erreichten nach mona-



telangem harten Arbeitskampf – sowohl Papiere als auch große Verbesserungen bei Lohn und Arbeitsbedingungen.

Ihr Kampf war tausenden KollegInnen im ganzen Land ein Beispiel und schon bald gab es in den meisten größeren Städten ähnliche Kampagnen, die zum Teil ähnlich große Erfolge brachten. Besonders EinwanderInnen aus dem ärmeren Süden sind es, die in den USA ein neues kämpferisches Gesicht der Gewerkschaften aufbauen. Der AFL-CIO, der amerikanische Gewerkschaftsbund, revidierte in einer historischen Wende 2000, seine Position zu zugewanderten ArbeiterInnen. Der Druck der Bewegung brachte die jahrzehntelange rassistische Position von Einwanderungsbeschränkungen, etc. zu Fall und setzte die Forderung nach Papieren für alle und gleiches Recht für alle ArbeiterInnen durch.

Viele dieser neuen kämpferischen Gewerkschaftsbasis fanden sich in der Nader-Kampagne wieder, einige kleinere Gewerkschaften unterstützten Nader offiziell und nahmen aktiv an den Bewegungen in Seattle und an der

Wahlkampagne teil. Diese Unterstützung der Naderkampagne durch Gewerkschaften stärkte die Kandidatur im Vergleich zur letzten Kandidatur ungemein. Die Stärke der Kampagne und auch der Seattle-Proteste war eben, dass sie sich nicht auf die „Zivilgesellschaft“ beschränkte, sondern eine Verbindung zwischen Um-



welt-, Menschenrechts- und GewerkschaftsaktivistInnen herstellte. Die Kampagnen gingen über moralisches Weltverbesserertum hinaus und repräsentierten echte Interessenskämpfe.

Zusammengenommen sind diese Anzeichen noch keine verallgemeinerte antikapitalistische oder gar sozialistische Massenbewegung, aber es sind deutliche Anzeichen zu sehen, dass sich aus den vorhandenen Bewegungen eine solche entwickeln könnte.

Auch in Europa erste Anzeichen

Nicht nur auf der anderen Seite des Atlantiks mehren sich die Zeichen für ein Wiedererwachen eines antikapitalistischen Bewusstseins. In Irland zum Beispiel versucht die ArbeiterInnenklasse in erbitterten Kämpfen ihren Anteil am Boom des sogenannten keltischen Tigers zu bekommen. So unterschiedliche Berufsgruppen wie Lokführer, Supermarktangestellte, TextilarbeiterInnen und Buslenker erkämpfen Verbesserungen bei Löhnen und den Arbeitsbedingungen.

Gerade Irland ist ein Beispiel, wie es auch einer kleinen Partei gelingen kann eine vorhandene gesellschaftliche Stimmung aufzugreifen und durch solide Arbeit für und vor allem mit den betroffenen Menschen auch ihren Wirkungskreis zu erweitern.

Die irische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale, die Socialist Party, errang nach einer erfolgreichen Kampagne gegen die Einführung einer Wassersteuer ein Mandat im irischen Parlament. Die Bekanntheit des Abgeordneten – Joe Higgins – nützte die Partei dazu ihre Politik im ganzen Land bekannt zu machen. Die kämpfenden ArbeiterInnen beobachteten die Arbeit Joe Higgins, der den Streikenden immer Unterstützung anbot, mit natürlichem Misstrauen. Zu oft waren ihre Hoffnungen schon enttäuscht worden.

Mit der Zeit und durch die kontinuierliche Arbeit Joe Higgins konnte aber Vertrauen aufgebaut werden. In verschiedenen Städten, in die die Socialist Party noch nie zuvor einen Fuß gesetzt hatte, konnten neue Parteigruppen eröffnet werden. Das Beispiel zeigt das Worte allein noch keine Partei aufbauen, es sind die Taten. Higgins behält von seinem Abgeordnetengehalt im Unterschied zu allen anderen nur den durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn ein, den Rest führt er an Partei und diverse Bewegungen ab. Er trägt nicht die Parlamentsarbeit zu den ArbeiterInnen und vertritt sie, sondern bringt ihre Anliegen in die Parlamentsdebatten ein – gegen alle Widerstände der anderen Parteien.

Die ArbeiterInnen wollen ihren Teil vom Aufschwung

Europa hinkt in einem Punkt noch hinter der Bewegung in den USA hinterher. Die Bewegung ist noch nicht so verallgemeinert, wie in den USA. Auch sind es in Europa noch eher traditionellere Schichten, die in die Kämpfe eintreten. Nachdem den ArbeitnehmerInnen über die ganzen Neunziger erzählt wurde, die Krise, die Modernisierung und der Euro verlangten Opfer in Form von Sparpaketen und Reallohnverlusten, reicht es jetzt den ArbeiterInnen. Sie fordern ihr Stück vom Aufschwung. In Norwegen konnte in einem Generalstreik gegen den Willen der Gewerkschaftsführung eine saftige Lohnerhöhung errungen werden. Aber auch in anderen Län-

dern, wie Frankreich, Griechenland, Spanien, Portugal, Dänemark oder Deutschland stellen die ArbeiterInnen mehr und mehr Forderungen. Und sie sind vielfach bereit für diese auch zu kämpfen.

Neue Formationen auch in Europa

Dennoch treten auch in Europa neue Schichten in den Kampf ein. Die französische Arbeitslosenbewegung AC! ist die am besten organisierte und stärkste solcher Bewegungen in Europa. Dies ist vor allem darauf zurück zu führen, dass Linke bewusst Strukturen geschaffen haben, in denen sich die Betroffenen organisierten. Es handelt sich nicht um eine bloße Selbstorganisation, sondern sie bezieht die Erfahrungen vergangener Kämpfe in diese Organisation mit ein. Das heißt, es organisieren sich nicht nur neu in den Kampf eintretende Schichten, sondern sie finden bereits „VeteranInnen“ anderer Bewegungen vor, die mit ihren Erfahrungen wertvolle Beiträge zum Erfolg dieser neuen Strukturen leisten.

Die Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, Armut und prekäre Beschäftigungsverhältnisse schafften es mit mehreren Demonstrationen anlässlich verschiedener EU-Gipfeltreffen den Kampf dieser neuen Schichten auf europäischer Ebene sichtbar zu machen. Es gelang jedoch nicht, diese Kämpfe auf einer verallgemeinerten Ebene zu verknüpfen und so eine größere Breitenwirksamkeit zu erreichen. Dies ist wiederum auf den Umstand zurückzuführen, dass die beteiligten Linken eine solche Verbreiterung gar nicht offensiv anstreben. Es zeigt sich, dass es für den Erfolg und das organisatorische Entstehen neuer Bewegungen und Formationen unabdingbar ist, dass bewusste Kräfte so ein Projekt vorantreiben.

Es ist aber darüber hinaus bedeutend für die Entwicklung dieser Formationen, wie diese bewussten Kräfte agieren. Im Falle von Euromarsch und AC! verfolgen die involvierten Kräfte eine einigermaßen

eigenartige Strategie des „Sich-selbst-Versteckens“.

Welche Schritte sind jetzt nötig?

Diese Formationen haben den ersten wichtigen Schritt bereits vollzogen, namentlich ihre Konstituierung. Der nächsten zentralen Schritte wären, der weitere Aufbau, die Verallgemeinerung und die Entwicklung eines Programms, das in der Lage ist, zum Anziehungspunkt für breitere Schichten der ArbeiterInnenklasse zu werden. Genau in diesen Punkten wird die falsche Herangehensweise der führenden Kräfte in diesen Bewegungen deutlich. Anstatt die Erfahrungen vorangegangener Klassenausinandersetzungen einzubringen und auf das reichhaltige theoretische Fundament der eigenen Tradition zurückzugreifen, überlassen sie in diesen Punkten die Bewegung sich selbst. Sehenden Auges lassen sie die Bewegungen das Rad neu erfinden.

Die ArbeiterInnenbewegungen bietet in ihrer Geschichte unzählige gelungene und misslungene Beispiele für den Aufbau neuer Formationen, sie bietet unzählige Beispiele für erfolgreiche Programme und Programme, die in die Sackgasse führten. All das wird nicht eingebracht und zum Gegenstand der Debatten gemacht, im Gegenteil es wird sogar versucht diese Erfahrungen außen vor zu halten, nur um das Neue an diesen Formationen hervor zu kehren, als wäre die AC! die erste Arbeitslosenbewegung der Geschichte.

Diese Position kann einerseits als untaugliche Reaktion auf die Diskreditierung der gesamten Linken nach dem Zusammenbruch des Stalinismus gesehen werden und andererseits eine mangelnde Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und vor allem der eigenen Fehler. Anstatt zu erklären, warum es bislang nicht gelang eine neue ArbeiterInnenbewegung aufzubauen, erklärt man/frau gleich den Versuch als unmöglich und sucht sich etwas „Neues“.

Die Weigerung die Führungsrolle,

die diese Kräfte inne haben, seriös und ehrlich anzunehmen und offen zu sagen, wofür man/frau steht, führt dazu, dass diesen Bewegungen wichtige Orientierungspunkte fehlen und schwächen sie so letztendlich. Sie bringen sich um die Früchte ihrer eigenen Arbeit.

Was fehlt sind ArbeiterInnenparteien

Bislang sind in Europa Bewegungen nicht verallgemeinert aufgetreten. Es ging um spezielle Punkte in einzelnen Ländern, Branchen oder sogar nur Betrieben. Zur Verallgemeinerung fehlen einerseits noch Erfahrungen aus diesen Kämpfen und andererseits vor allem Parteien und Organisationen, die in der Lage und Willens wären, diese Verallgemeinerung voranzutreiben. So gelingt es allzu oft den VertreterInnen etablierter Kräfte wie der Gewerkschaften oder der bürgerlichen Parteien, oft sogar ausgewiesenen Konservativen die Führung von Bewegungen zu übernehmen.

Weil es keine ArbeiterInnenpartei gab, die auf internationaler Ebene in ausreichendem Ausmaß, die Bewegungen gegen die Ölpreiserhöhungen zu führen, konnten konservative Kräfte, wie die CDU hier federführend wirken. Beispiele für solch seltsame Allianzen gibt es zahlreiche.

Die Notwendigkeit einer klassenbewussten Führung

Am drastischsten zeigte sich das Vakuum auf der Linken in Jugoslawien. Ein mächtiger ArbeiterInnenaufstand stürzte Milosevic und spülte trotz zum Teil entstandener eigener Strukturen einen Nationalisten und Kumpanen des Imperialismus – Kostunica – an die Macht.

Dieser Widerspruch zwischen den TrägerInnen des Aufstands und den TrägerInnen des neuen Regimes in Belgrad spiegelt das Grunddilemma des Beginns des einundzwanzigsten Jahrhunderts wider. Der Kapitalismus

hat kann weniger und weniger einen Weg nach vorne aufzeigen, die ArbeiterInnenklasse steht gleichzeitig vor der Situation, führungs- und strukturlös – buchstäblich entwaffnet – zu sein. Dieser Zustand ist allerdings keineswegs festgeschrieben.

Die Unfähigkeit des Kapitalismus provoziert Kämpfe der ArbeiterInnenklasse, in diesen Kämpfen bilden sich Strukturen und auch Führungen. Bislang waren diese Strukturen und Führungen zu schwach oder zu sehr dem alten System verhaftet (oder beides), als dass sie in der Lage gewesen wären, den Kapitalismus ernsthaft zu gefährden. Dennoch gehen diese Erfahrungen nicht verloren, im Gegenteil: Sie sind Bedingung für eine weitere Entwicklung.

Viele Aufstände in den letzten Jahren haben gehörig an den Machtfesten des Kapitalismus gerüttelt – sei es in Ecuador, Bolivien, Serbien oder Indonesien gewesen – ihn zu stürzen vermochten sie nicht. Das zeigt die potentielle Stärke der ArbeiterInnenklasse, aber auch die Notwendigkeit diese Stärke zu bündeln und auf ein konkretes Ziel zu richten. Es zeigt die Notwendigkeit einer unabhängigen Klassenpartei mit einer konsequenten Führung. Die Situation in Jugoslawien verdeutlicht, dass ein System noch so verrotten, noch so überholt sein kann – von selbst verabschiedet es sich nicht. Die Überwindung des Kapitalismus muss bewusst vollzogen werden, dazu bedarf es einer Partei und deren Führung, die diese Überwindung bewusst vollzieht. Leo Trotzki, Führer der Oktoberrevolution, schrieb im Exil kurz vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges angesichts der katastrophalen Niederlagen der ArbeiterInnenklasse in den Dreißigern: „Die Krise der Menschheit ist die Krise der proletarischen Führung.“ Diese These ist heute noch – um einen Punkt verschärft – zutreffend: Die Krise der Menschheit ist die Krise der proletarischen Organisationen und deren Führungen.

Und sie bewegt sich doch

All diese Beispiele zeigen die Notwendigkeit für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung, in vielen dieser Beispiele sehen wir aber auch die Ansatzpunkte für einen solchen Aufbau. Die Lehren dieser Bewegungen rund um den Globus sind klar. Eine neue ArbeiterInnenbewegung wird nicht vom Himmel fallen, sie wird aus den Bewegungen und Erfahrungen heraus geboren werden. SozialistInnen können in diesen Entwicklungen durch das Einbringen von Erfahrungen vergangener Kämpfe und Bewegungen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Klassenbewusstseins leisten, das ist eine ihrer wesentlichsten Aufgaben. Dem sich entwickelnden Bewusstsein wird eine neue ArbeiterInnenbewegung entspringen und diese wird die Kraft der ArbeiterInnenklasse bündeln. Das legt den Grundstein dafür, dass die ArbeiterInnenklasse entscheidend in die zukünftigen Entwicklungen eingreifen wird können. Vor zehn Jahren wurde die ArbeiterInnenklasse für tot erklärt, aber entgegen allen Unkenrufen: Sie bewegt sich doch und das war erst der Anfang.

Harald Mahrer

Zum Weiterlesen:



**Warum gegen
WTO, IWF
und Weltbank
kämpfen?**

30 Seiten
öS 40.-
(inkl. Porto)

von Carlos Petroni, Socialist Alternative, San Francisco,
Übersetzung

Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser PSK-Konto 8812.733 (Name und Adresse angeben!)

Dinosaurier & Proletarier: ausgestorben?



In dicken Büchern und unzähligen Artikeln diverser Zeitschriften wird seit Jahren das Ende des "Proletariats" herbeigeschrieben. Die neuen Produktionsformen und der technische Fortschritt sollen die ArbeiterInnen immer weiter durch Maschinen ersetzen. So entstanden und entstehen Visionen, wie z.B. der menschenleeren Fabrik.

Der tatsächliche Hintergedanke ist aber: Gibt es kein Proletariat mehr, braucht es auch keinen Sozialismus und keine störende ArbeiterInnenbewegung. Denn die Theorie des Sozialismus und Kommunismus fußt auf dem Proletariat als jene Kraft, die eine gerechtere - klassenlose - Gesellschaft erkämpfen kann.

Zum Begriff

In seiner "Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945" bezeichnet Willy Krula (bereits verstorbener Theoretiker des ÖGB und SPÖ) den "Proletarier" als den "industriellen Lohnarbeiter im kapitalistischen System". Er schreibt: "Der sich wandelnde Lohnhandwerker wurde Proletarier und blieb Analphabet; ausgebeutet in der Fabrik und rechtlos im Staat."

Im Wesentlichen ist das die allgemeine Definition, die mit Marx und seinen AnhängerInnen verbunden wird, die aber als längst veraltet gilt. Auch Lenin hat häufig diese Definition von Proletariat verwendet. Tatsächlich ist es nicht so einfach. Hätte sich die

marxistische Bewegung lediglich auf die IndustriearbeiterInnenenschaft orientiert, wären Begriffsbildungen wie Industrieproletariat, städtisches und ländliches Proletariat etc. völlig obsolet bis absurd.

Der Begriff stammt aus dem lateinischen Wort für Kind, Nachkommen - proles. Der Proletarius war im alten Rom der (gemeine, niedrige) Bürger der untersten Klasse und von Steuern und Heeresdienst ausgenommen, weil er im Unterschied zur restlichen freien Bevölkerung völlig vermögenslos war. Der preußische Staatsphilosoph Friedrich Hegel griff diesen Begriff auf und Karl Marx gab ihm in seinen ökonomischen Studien eine exakte wissenschaftliche Definition.

Vom Proletarier, dem lohnabhängigen und werktätigen Individuum (völlig gleich, ob HandelsangestellteR, ChemikerIn, BäckerIn oder Hausfrau), unterschied er das Proletariat. Das Proletariat ist nicht einfach die Gesamtheit aller Lohnabhängigen, also das, was wir als ArbeiterInnenklasse bezeichnen. Dazu wieder Krula:

"Als die Proletarier sich dessen bewusst wurden, dass sie alle in der gleichen Lage waren (unabhängig von ihrer unterschiedlichen Herkunft und Ausbildung, unabhängig davon, ob der eine ein bißchen mehr, der andere ein bißchen weniger verdient, ob der eine arbeitslos ist, der andere nicht), wurden sie zum Proletariat."

Es gibt also eine Gemeinsamkeit, die uns alle zu dem macht, was wir sind, zu Mitgliedern der Arbeiter-

Innenklasse, zu Proletarierinnen und Proletariern.

Gemeinsam statt einsam

Die meisten von uns kennen die Situation: Wir fühlen uns ungerechtfertigt behandelt - von der Lehrerin, vom Chef, vom Ehemann oder Freund -, fühlen uns aber allein gelassen und zu schwach, um dagegen anzukämpfen. Die Kapitalisten haben ihre Vereinigungen - und: sie haben die Staatsgewalt in ihren Händen oder zumindest auf ihrer Seite.

Geht es um Kündigungen, Gewalt in der Familie oder Repressalien gegen SchülerInnen sind die Herrschenden einig, wofür sie stehen. Die kapitalistische EU, die Koalition zwischen FPÖ und ÖVP, der Internationale Währungsfonds (IWF), die Welthandelsorganisation (WTO), NATO und G7/G8 etc. zeigen "herrschende" Einigkeit. Konkurrenzkampf und Kriege zeigen ungewollte Widersprüche in dieser Einheit.

Immer schon hatten Menschen gewisse Interessenverbände; Vereinigungen, um ihre Interessen gegenüber einer anderen Gruppe durchzusetzen. Die ArbeiterInnen in den Fabriken und den großen Manufakturen mussten sich solche erst erkämpfen. Gewerkschaften waren nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Und auch heute, wo die Gewerkschaften nicht mehr kämpfen und die sozialdemokratischen Parteien vollkommen zur Kapitalistenklasse übergewechselt sind,

kämpfen wir für eine gemeinsame Partei und eine Gewerkschaft, die diese Bezeichnung auch verdient.

Und das macht uns zum Proletariat. Der kleine Bauer am Land, der kleine Ladenbesitzer haben nicht primär das gemeinsame Ziel einer radikalen Verkürzung ihrer Arbeitszeit bei vollem Lohn, einer flächendeckenden Lohnerhöhung oder eines Mindestlohnes. Sie sind in erster Linie am Erhalt ihres Unternehmens interessiert und bemerken nicht, dass sie gemeinsame Interessen mit der Billaangestellten, dem LKW-Fahrer oder der Mechanikerin haben.

Die ArbeiterInnenklasse hingegen - oder ArbeiterInnen und Angestellte bzw. "ArbeitnehmerInnen", wie es heute heißt - wird in einen Arbeitsverbund gestellt, in dem alle gleichgeschaltet sind und keine Fabrik, Maschine, Technologie etc. besitzen, also vermögenslos sind, während dem Kreißler sein Betrieb selbst gehört.

Marx bezeichnete dieses Zusammenwachsen der Arbeit als ihre Vergesellschaftung, in der das brutale Abhängigkeitsverhältnis zwischen ArbeiterIn und Kapitalist - von Marx Bourgeois genannt - immer offener zu Tage tritt. Dazu schreibt Lenin gegen Ende seines Buches "Was sind die Volksfreunde": "Dem Arbeiter kann schon nicht mehr verborgen bleiben, dass ihn das Kapital unterdrückt und dass es die Klasse der Bourgeoisie ist, gegen die der Kampf geführt werden muß. Dieser sein Kampf nun, der auf die Behebung der unmittelbaren wirtschaftlichen Nöte, auf die Verbesserung seiner materiellen Lage gerichtet ist, verlangt von den Arbeitern unabweisbar, dass sie sich organisieren, er wird unvermeidlich zu einem Kampf nicht gegen Personen, sondern gegen eine Klasse, gegen diejenige Klasse, die nicht bloß in den Fabriken und Werken, sondern überall die Werktätigen unterdrückt und unterjocht."

Heute werden wir alle von den Kapitalisten bekämpft. Blauschwarz zeigt den Trend deutlich: Diejenigen, die nicht nur Geld haben, sondern auch riesige Unternehmen, Banken

und Fabriken, denen ganze Landstriche in Österreich gehören, ziehen uns aus bis zum letzten Hemd. Nebenbei werden alle Errungenschaften der letzten Jahrzehnte in Frage gestellt. Es wird vom Sparen geredet und gleichzeitig schwelgen Unternehmer, Politiker etc. vom Wirtschaftsaufschwung und einem angeblichen Rekordtief der Arbeitslosigkeit - was für ein Hohn!

Neue Beschäftigungsverhältnisse

Noch schwerer haben es Beschäftigte in nicht traditionellen Bereichen und ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen. Auch wenn die Sozialpartnerschaft im Großen seitens der Herrschenden aufgekündigt wurde, haben die mittleren Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben (v.a. in den großen) auch weiterhin einen starken Einfluss. Hier ist es immer noch möglich, (vorübergehend) gewisse Errungenschaften für die Beschäftigten im Tausch gegen z.B. weitere Flexibilisierungsabkommen oder Stellenabbau zu erreichen.

In einem Call-Center oder einem Copy-Shop beispielsweise gibt es aber meist keine gewerkschaftliche oder sonstige Vertretung. Aber genau jene Beschäftigungsverhältnisse erleben in den letzten Jahren eine extreme Zunahme. Geringfügig Beschäftigungsverhältnisse oder "Arbeit auf Abruf" führen neben anderen zu einer größeren Individualisierung am Arbeitsplatz. Bis heute ist es den Gewerkschaften noch nicht gelungen gerade diese Menschen verstärkt in ihre Strukturen zu integrieren bzw. sie in ihren Kämpfen und Auseinandersetzungen zu unterstützen.

Vor allem Studierende, junge Mütter und andere Teile der so genannten frischen Schichten treten vermehrt in derartige Arbeitsverhältnisse ein und machen dort auch ihre ersten Erfahrungen. Eine der Tatsachen, mit denen die mittlerweile zahlreichen Theorien vom Verschwinden des Proletariats begründet werden. Ein weiterer Bereich, dessen

steigende Bedeutung in der derzeitigen Situation als Argument herangezogen wird, ist der Dienstleistungssektor, gemeinsam mit den modernen Fachberufen.

Studierende vs. ArbeiterInnen

Der Fehler in diesen Theorien, wie sie heute von KPÖ, Grünen und SPÖ vertreten werden, liegt im engen Begriff von der Proletarierin oder vom Proletarier als städtischer/m IndustriearbeiterIn. Zu behaupten, eine einigermaßen gutgestellte Chemikerin wäre nicht Teil der ArbeiterInnenklasse, heißt nur, dem Versuch der Spaltung durch die Unternehmer zu unterliegen bzw. nachzugeben.

Der Marxismus begreift die ArbeiterInnenklasse als die von den Produktionsmitteln ausgeschlossene Klasse. Das Vermögen einer Person hängt nicht von ihrem Einkommen ab, sondern vom privaten Besitz an Fabriken, Land und Werkzeugen, etwas, was die postmodernen IdeologInnen der Gegenwart scheinbar schon vergessen haben.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Faschismus und 2. Weltkrieg konnten viele Reformen erkämpft werden. Das führte zu einem sozialen Aufstieg gewisser Bereiche der ArbeiterInnenklasse und zu Illusionen in den Kapitalismus. Als dann in den 60er und Anfang 70er Jahre Proteste hauptsächlich von Studierenden getragen wurden, wandten sich Teile der "linken Intelligenz" vom Proletariat ab. Die ArbeiterInnenklasse spielte zwar in all diesen Bewegungen eine entscheidende Rolle, wurde aber nicht mehr als die vorwärtstreibende Kraft begriffen und z.B. der "revolutionären Spontanität" der Studierenden untergeordnet.

Der Zusammenbruch des Stalinismus

Anfang der 90er Jahre herrschte auf Grund des Zusammenbruchs des Stalinismus in Osteuropa und der UdSSR eine Verwirrung und Konzeptlosigkeit auf der Linken. Die Marginal-

isierung der Linken in diesen sozialen Bewegungen und die Verbürgerlichung der traditionellen Massenparteien der ArbeiterInnen führte zu einer Stärkung reaktionärer Konzepte, wie jenem der Zivilgesellschaft.

Die Zivilgesellschaft als Ausweg?

Die Zivilgesellschaft ist ein Kind des Neoliberalismus. Der/die Einzelne wird zur EinzelkämpferIn abseits der traditionellen Organisationsformen. Es ist kein Zufall, dass in Wirtschaft und Politik mit fast denselben Begriffen hantiert wird. Denn nicht nur die Worte, sondern auch das Ziel und der Weg dorthin sind einander sehr ähnlich. Der schon "ausgelutschte" Slogan vom "schlanken Staat" ist nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik zuhause.

So wird von zivilgesellschaftlicher Seite dem Verdruss bzw. Misstrauen einer zunehmenden Schicht von ArbeitnehmerInnen gegenüber den Gewerkschaften mit losen Zusammenschlüssen, die meist über einen Themenbereich nicht hinausgehen, geantwortet. Von großen Veränderungen sprechen auch die linken Fürsprecher der Zivilgesellschaft nicht mehr.

Der eigentliche Grundgedanke dahinter ist, die Gesellschaft als eine Summe freier BürgerInnen zu sehen. Damit sollen soziale Unterschiede kaschiert werden. In Wirklichkeit aber ist die Zivilgesellschaft nichts anderes als ein maßgeblicher Teil des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft. Mitbestimmung und Selbstverwaltung statt revolutionärer und unabhängiger Selbstorganisation, Endinstitutionalisierung (Individuen statt Staat), direkte Demokratie und Partizipation sind nur einige ihrer Kampfbegriffe. So soll z.B. die Illusion in eine direktere Demokratie geschürt werden, in der der/die Einzelne scheinbar mehr Möglichkeiten bekommt auf konkrete Sachverhalte Einfluss zu nehmen.

In der Praxis sieht das dann so aus: Um Armut zu bekämpfen, kann ich nur sehr wenig Einfluss auf den Wohlfahrtsstaat nehmen und bewe-

gen. Also organisiere ich mich z.B. in der Nachbarschaftshilfe und greife einem betroffenen Nachbarn unter die Arme.

Das Ziel ist es, den Staat aus seiner Verantwortung zu ziehen, oder besser, sich der Kontrolle des Staates zu entziehen, und gleichzeitig die Kosten für soziale Dienste und Wohlfahrt auf ein Minimum zu senken und auf die einzelnen BürgerInnen abzuwälzen. Was erreicht werden soll, ist eine noch effizientere Umverteilung nicht von reich zu arm sondern innerhalb der Beschäftigten - als eine Aufteilung der Armut.

"Nächstenliebe" statt Klassenkampf!

Freiwilligendienste und unbezahlte Hausarbeit werden wieder zur Tugend. So genannte Nichtregierungs- oder nichtprofitablen Organisationen (NGO/NPO) - die in Wirklichkeit zum engen staatlichen und halbstaatlichen Bereich zählen - übernehmen dabei karitative Dienste und Entlasten somit (vordergründig!) den Staat. Billiges Personal statt teure Bürokraten lautet hier die Devise. Finanziert wird das Ganze von staatlichen Subventionen und durch die Großzügigkeit von reichen Wohltätern (oder Sponsoren). Wer sich das nicht leisten kann, wird durch gesellschaftlichen Druck dazu gezwungen, selbst Hand anzulegen und ehrenamtlich in diversen Initiativen mitzuarbeiten.

Das Konzept der Zivilgesellschaft wird nicht nur von irgendwelchen postmodernen AkademikerInnen vertreten. AktivistInnen in der Protestbewegung gegen diese Regierung sehen die Zivilgesellschaft mittlerweile als reale Option, meist aus Konzept- und Alternativlosigkeit. Sie verkennen die zentrale Rolle der werktätigen Bevölkerung, ihrer kollektiven Aktion, die Rolle von Gewerkschaften und einer unabhängigen Partei der ArbeiterInnen und Jugendlichen. Solange die eigenständige Organisation von Frauen, Studierenden, radikalen Umwelt- bzw. TierschutzaktivistInnen über der Klassen-

organisation des Proletariats in einer gemeinsamen Partei steht, werden wir nicht mehr zustandebringen als Donnerstagsdemos, kleine vereinzelte Kampagnen etc.

Als Resultat bleibt eine marginalisierte Linke ohne Basis in der ArbeiterInnenklasse. Die Debatte um die Existenz des Proletariats ist also keine rein Akademische. Auch wenn viele Menschen das Gleiche wollen, eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg, Umweltverschmutzung etc., so bleibt die Frage des Weges offen.

Nicht durch eine Zivilgesellschaft oder Appelle an Politiker und Unternehmer wird diese Welt verändert, sondern nur durch die Organisation der Betroffenen und dem gemeinsamen Kampf. Dieser findet nicht in irgendwelchen Initiativen statt, sondern im realen Leben - am Arbeitsplatz, in der Schule, auf der Uni oder auch im Kampf um eine existenzsichernde, sinnstiftende Beschäftigung. Und dazu brauchen wir heute, wie gestern eine revolutionäre Partei, die einerseits die verschiedenen Kämpfe für Reformen in sich vereint, aber auf der anderen Seite den Kampf zur Überwindung dieser Gesellschaft hin zu einer Sozialistischen führt und leitet.

**Pablo Hörtnner,
Sascha Pirker**

Zum Weiterlesen:



**Die
Internationale
Geschichte
des CWI**

50 Seiten
öS 40,-
(inkl. Porto)

von Peter
Taaffe,

Socialist Party, London, Übersetzung
Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser PSK-Konto 8812.733 (Name und Adresse angeben!)

Eine neue Alternative muss aufgebaut werden!

Sozialdemokratie am Ende!



Angesichts der objektiven Schwäche der Widerstandsbewegung in Österreich ist die Frage der Alternativen zu blauschwarz zentral. Vor allem für jene, die "Neuwahlen" fordern stellt rot-grün eine dar. Angesichts der Entwicklung der SPÖ, ihrer Verantwortung für den Aufstieg der FPÖ und ihrer Unfähigkeit sie zu bremsen ist für die Sozialistische Linkspartei der Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei ein wichtiger Schritt für den Aufbau einer effektiven Gegenbewegung.

Der Kapitalismus beweist tagtäglich seine Unfähigkeit die Menschheit weiterzuentwickeln - er bedeutet Ausbeutung, Hunger, Elend, Krieg und Unterdrückung. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit seines Sturzes und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Dies wird nur durch eine revolutionäre Veränderung, getragen von der ArbeiterInnenklasse, geschehen. (Mehr zum Thema Revolution und Sozialismus im Vorwärts Extra Nr. 2)

Das Bewusstsein darüber ist heute aber keineswegs weit verbreitet. Dieses entwickelt die Klasse in konkreten Kämpfen, nicht zuletzt durch das bewusste Eingreifen von RevolutionärInnen. Nicht durch schulmeisterliches Danebenstehen, sondern durch den gemeinsamen Kampf in Klassenkämpfen, im Zuge dessen aktuelle Fragen und Ereignisse mit einer Analyse des Systems und dem Entwickeln einer sozialistischen Alternative verbunden werden.

Wie und wo entsteht dieses Bewußtsein insbesondere in Österreich, einem Land mit einer extrem niedrigen

Rate von offenen Klassenkämpfen? Einerseits in verschiedenen Ein-Punkt-Bewegungen. Andererseits in den Organisationen der ArbeiterInnenklasse, in den Gewerkschaften und den ArbeiterInnenparteien.

Aber welche Teile der Klasse beteiligen sich heute an Kämpfen, bzw. werden in künftigen eine zentrale Rolle spielen? Wo sind diese kämpferischsten Teile der Klasse organisiert bzw. sind sie überhaupt organisiert?

Die vollständige Verbürgerlichung der Sozialdemokratie

Rund 100 Jahre war die Sozialdemokratie DIE Partei der österreichischen ArbeiterInnenklasse. Trotz ihrer Politik im Sinne des Kapitals (1914, 1918, 1950 aber auch 1927, 1934 und 1945) wurde sie von der Klasse lange als "ihre" Partei gesehen. Für den größten Teil des 20. Jahrhunderts war sie eine bürgerliche ArbeiterInnenpartei, das hat sich in der letzten Periode verändert.

Der Charakter einer Partei ist von einer Reihe von Faktoren bestimmt, die in ihrer Gesamtheit, ihrer Wechselwirkung und in ihrer Entwicklung betrachtet werden müssen. Berücksichtigt werden muß Geschichte und Tradition, ihr Programm, ihre Politik, ihre Mitglieder-, FunktionärInnen- und WählerInnenbasis, ihre Verbindung zu den Gewerkschaften und nicht zuletzt, wie sie von der ArbeiterInnenklasse selbst gesehen wird. Eben weil nicht nur ein Faktor zur Charakterisierung reicht sind weder die FPÖ mit ihrer stark pro-

letarischen WählerInnenbasis, noch die US-Demokraten mit ihrer Gewerkschaftsunterstützung ArbeiterInnenparteien.

Reformen zu wessen Gunsten?

Seit Ende der 70er Jahre wurden die ökonomische Spielräume für Zugeständnisse an die ArbeiterInnen enger und es kam zur Umverteilung von unten nach oben. Die SPÖ war in den 80ern und 90ern treibende Kraft neoliberaler Politik. Das Ergebnis ist, dass sich ArbeiterInnen und Jugendliche von der SPÖ abwenden und ein wachsender Teil sie nicht mehr als "ihre" Partei sieht. Ein weiterer Unterschied ist das Fehlen einer relevanten, organisierten Parteilinken die in der Vergangenheit Attraktionspol für kämpferische ArbeiterInnen war.

Diese Veränderung der SPÖ ist insofern nicht abgeschlossen, als sich nach wie vor ArbeiterInnen in ihr befinden und auf diese orientieren (sie als das "kleinere Übel" sehen), sie ist insofern abgeschlossen, als die Richtung der Entwicklung eindeutig ist und ein "back to the roots" ausgeschlossen werden kann.

Die Mitglieder der jetzigen SLP haben seit Anfang der 80er Jahre in der SPÖ gearbeitet, nicht als unkritische Anpaßler, sondern als kritische und kämpferische Opposition. Wir haben mit den kämpferischsten Jugendlichen, die sich damals in der Sozialistischen Jugend organisierten, zusammengearbeitet und versucht, diese für marxistische Ideen und den

Aufbau einer revolutionären Partei zu gewinnen. Wir wurden wegen unserer kritischen Positionen 1992 aus der SJ ausgeschlossen. Unser Ausschluss fiel zusammen mit dem Niedergang der SJ, die seit Anfang der 90er Jahre keine eigenständige kämpferische Politik mehr vertritt sondern nur mehr eine angepaßte Jugendorganisation der SPÖ ist.

Trennung der siamesischen Zwillinge

Die SPÖ mußte seit den 70ern einen massiven Verlust von WählerInnen und Mitgliedern hinnehmen. Selbst angesichts des blauschwarzen Kürzungsterrors verzeichnet sie in den jüngsten Umfragen ein Rekordtief. Auch wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie bei kommenden Wahlen gewinnen kann, so nicht wegen, sondern trotz ihrer Politik. Selbst die AK-Wahlen Anfang 2000 unterstreichen letztlich diesen Trend, da sie doch gerade den Prozess der Trennung Gewerkschaften/SPÖ widerspiegeln. Abgesehen davon, dass im Westen Österreichs der ÖVP-nahe ÖAAB gewonnen hat, darf die enge personelle Verquickung zwischen SPÖ- und FSG-Führung nicht über den Scheidungsprozess hinwegtäuschen.

Als der FSG-Vorsitzende Nürnberger im Jänner die Verhandlungen mit der ÖVP platzen ließ, tat er das aufgrund des enormen Drucks der Gewerkschaftsbasis. Er musste sich zwischen SPÖ und ÖGB entscheiden. In der jüngsten Streik-Diskussion wird deutlich, wie weit diese Trennung bereits fortgeschritten ist - von einer Zusammenarbeit ist nicht die Rede, SPÖ-Vorsitzender Gusenbauer distanzierte sich von HGPD-Vorsitzendem Kaske in seiner Forderung nach Kampfmaßnahmen.

Das zeigt die Entwicklung der Fraktionen im ÖGB - die Mehrheit der BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen bekennt sich zu keiner Fraktion, die linken Fraktionen UG und GLB haben an Einfluß gewonnen. Für die SLP stellt der GLB in den meisten Fachgewerkschaften jene Fraktion dar,

die im Moment am ehesten Attraktionspol für linke, kämpferische GewerkschafterInnen ist bzw. sein kann.

Die Kandidatur eines SLP-Mitgliedes auf der GLB-Liste bei den AK-Wahlen war eine Möglichkeit, innerhalb und außerhalb des GLB unsere Positionen zu vertreten. Zentrale Aufgabe der SLP ist aber, die Zusammenarbeit von Linken über Fraktionsgrenzen hinweg für den Aufbau einer kämpferischen und demokratischen Gewerkschaftsopposition - das bedeutet mit KollegInnen aus GLB, UG und natürlich auch FSG.

Die Verbürgerlichung der SPÖ und der Aufstieg der FPÖ

Der Aufstieg der FPÖ verlief parallel zur endgültigen Verbürgerlichung der SPÖ und hängt eng mit diesem zusammen. Der Erfolg der FPÖ kann nicht auf das Phänomen Haider reduziert werden. Haider war nicht die Ursache für den Aufstieg der FPÖ, wenn er auch die sich öffnenden Möglichkeiten optimal ausnutzte. Die Privatisierungspolitik der SPÖ, die in den ehemaligen Hochburgen der SPÖ mit der Zerschlagung der Verstaatlichten zehntausende Arbeitsplätze vernichtete, der massive Sozialabbau der 90er Jahre, der insbesondere die sozialdemokratischen Kernschichten betraf und die rassistische Anti-ImmigrantInnenpolitik, die zu Endsolidarisierung führte, waren die Basis für den Aufstieg der FPÖ. Weil wachsende Teile der ArbeiterInnenklasse die SPÖ nicht mehr als "ihre" Partei sahen, konnte die FPÖ bei eben diesen gewinnen.

Klasse ohne Partei

Heute steht die ArbeiterInnenklasse ohne politische Vertretung da. Auch das ist einer der Gründe für den Aufstieg der FPÖ. Gäbe es eine ArbeiterInnenpartei, die als Alternative zu den etablierten Parteien gesehen wird, so könnte sie den Großteil der Nicht- und ProtestwählerInnen auffangen.

Die Situation zeigt Parallelen zu den Anfängen der ArbeiterInnenbewe-

gung. Heute gilt es wieder eine politische Vertretung der Klasse an sich aufzubauen, der Unterschied zum 19. Jahrhundert ist die Fülle von Erfahrungen, eine Gemeinsamkeit das zurückgeworfene Bewußtsein. Auch die Auseinandersetzung um die Frage der Labor Party in den USA Ende der 30er Jahre in der Trotzki die Notwendigkeit einer Klassenpartei unterstrich, selbst wenn sie reformistisch wäre, zeigt Gemeinsamkeiten.

Für RevolutionärInnen ergibt sich heute eine doppelte Aufgabe: einerseits die revolutionäre Partei aufzubauen, die unerlässlich ist für den Kampf für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung und andererseits für den Aufbau einer neuen, breiten ArbeiterInnenpartei einzutreten. Der Charakter einer solchen neuen Partei kann nicht vorherbestimmt werden, es ist aber wahrscheinlich, dass dieser reformistisch sein wird. Aber selbst das wäre im Vergleich zu einer Situation, wo die ArbeiterInnenklasse keine unabhängige Massenorganisation hat ein Fortschritt und eine Basis für die Arbeit von RevolutionärInnen.

Entstehung der neuen ArbeiterInnenpartei

Der politische Neuaufbau der organisierten ArbeiterInnenbewegung wird kein einfacher oder geradliniger Prozess sein. Sie wird nicht per Proklamation und nicht nur aus der bereits organisierten Linken entstehen, sondern aus den politischen und sozialen Bewegungen und Initiativen der Zukunft, mit Menschen, die zum großen Teil noch gar nicht organisiert sind. Für die Organisationen ergibt sich verstärkt die Notwendigkeit für Bündnisse. Das bedeutet nicht die Aufgabe der eigenen Organisationen oder Ideen, sondern die Zusammenarbeit in Einheitsfronten. Die SLP und ihre Vorgängerorganisation SOV ist seit Jahren Teil von Einheitsfronten und hat für die Wahlebene - die in Ermangelung von offenen Klassenkämpfen zentraler Punkt politischer Polarisierung war - wiederholt versucht, linke Bündniskandidaturen zu organisieren.

Neben anderen Organisationen haben wir für diese Bündnisse auch die KPÖ angesprochen. Wir halten Bündnisse auch in der Zukunft für sinnvoll, wenn sie die Bewegung stärken und vorantreiben können und Schritte in die Richtung einer neuen ArbeiterInnenpartei darstellen. Für die Wiener Gemeinderatswahl 2001 bedeutet das für uns, dass wir nicht mit der KPÖ gemeinsam antreten werden gerade weil ein Bündnis KPÖ-SLP keine Verbreiterung und somit kein Schritt beim Aufbau einer solchen neuen Partei wäre.

Wo sind die fortgeschrittensten Schichten?

Jene Menschen, die bereits jetzt im Widerstand aber v.a. in künftigen Klassenkämpfen eine Rolle spielen werden, haben zum größten Teil zur Zeit keine politische Heimat. Aus der SPÖ haben sie sich verabschiedet. V.a. für Jugendliche, die die SPÖ nicht mehr in ihrer Periode der Reformpolitik in den 70er Jahren erlebt haben, unterscheidet sich die Sozial-

demokratie nicht von anderen bürgerlichen Parteien.

Die Grünen, die für eine gewisse Zeit als linke Alternative erschienen haben einen scharfen Rechtsschwenk gemacht. Die KPÖ ist aufgrund ihrer Geschichte und Arbeitsweise keine Alternative, die restlichen linken/revolutionären Organisationen sind zu klein. Wenn 300.000 der NichtwählerInnen der letzten Nationalratswahl sagen, sie hätten bewußt nicht gewählt, weil es keine Partei gibt, für die sie hätten stimmen können, so zeigt das das Potential für eine solche neue Partei.

Dass diese Menschen unorganisiert sind, ist auch Ausdruck für das zurückgeworfene Bewusstsein. Die dem Zusammenbruch des Stalinismus 1989-91 folgende ideologische Offensive des Kapitals hat Wirkung gezeigt. Bis in die 80er Jahren erhielten viele ArbeiterInnen und Jugendliche eine gewisse ideologische Grundschulung in der Gewerkschaft oder politischen Strukturen. Diese Menschen sind heute immer weniger aktiv, sie sind frustriert und/oder

haben sich ins Privatleben zurückgezogen. Jene, die heute und in Zukunft in Kämpfen und Bewegungen stehen sind v.a. "frische Schichten" - Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, Jugendliche, Frauen, ImmigrantInnen. Ihnen fehlt jegliche politische Schulung.

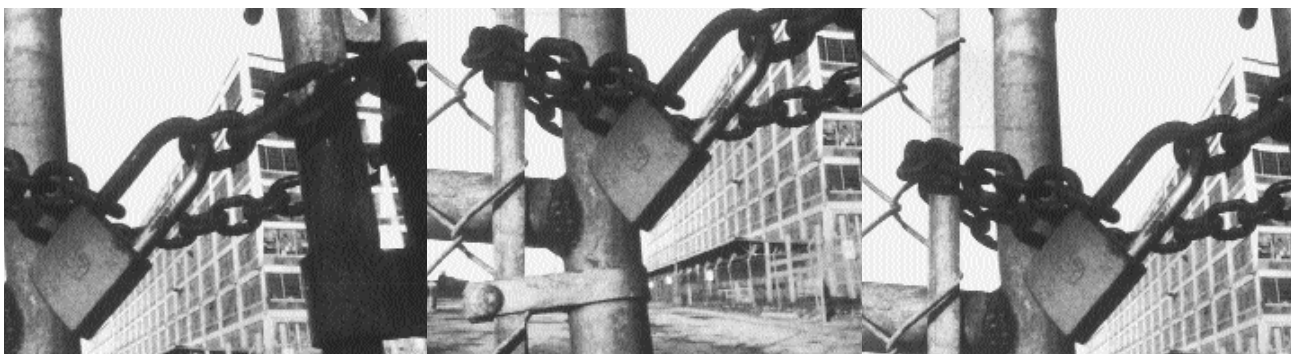
Diese Menschen sehen sich durch die SPÖ nicht mehr vertreten, der Schritt, einer revolutionären Partei beizutreten geht ihnen aber noch zu weit. Ihnen dennoch zu sagen, "wählt SPÖ", wie es manche Linke tun, heißt ihr Bewusstsein und ihre Entwicklung negieren. Der Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei ist ein notwendiger Schritt, um diesen Menschen eine politische Heimat zu geben und das Bewusstsein weiterzuentwickeln.

Die Aufgabe von RevolutionärInnen ist heute vielschichtig: verstärkte Bündnisarbeit, Offenheit für unorganisierte, die sich politisieren, Klarheit über das eigene Programm, Aufbau der revolutionären Partei und einer neuen ArbeiterInnenpartei.

Resolution der SLP-Bundesleitung

Gewerkschaften im Widerstand

ÖGB: Vertreibung aus dem Paradies?



Die konkrete Frage, die sich stellt ist, ob Gewerkschaften überhaupt eine wichtige Rolle im "Widerstand" spielen können. Und weiter, ob sich die Gewerkschaftsspitze überhaupt noch ihrer Lage bewusst ist. Zu solchen Fragestellungen veranstalten AK und ÖGB Oberösterreich jährlich das sogenannte "Jägermayer-Forum". Im Herbst 2000 mit dem vielsprechenden

Titel: "Provokationen zur Zukunft der Gewerkschaftsbewegung". Unter dem Motto "Vertreibung aus dem Paradies" wurde 3 Tage lang über die Auswirkungen der blauschwarzen Regierung auf den ÖGB diskutiert.

Paradies - aber für wen?

Die ÖGB - Spitze war durch den

stellvertretenden Direktor der Wiener AK, Werner Muhm, vertreten. Er meinte sinngemäß: Natürlich ist es unter der alten Regierung kein Paradies gewesen, aber früher waren die Rahmenbedingungen viel besser, und wir haben soviel erreicht für die Menschen. Der ÖGB muss beweisen, dass er nach wie vor zur Sozialpartnerschaft steht, den wenn die SPÖ

wider an die Macht kommt dürfe man/frau die neue Regierung und die Wirtschaft nicht brüskieren. Damit stellt sich natürlich die Frage, ob von so einer ÖGB-Spitze überhaupt Widerstand zu erwarten sein kann.

Die alten Zustände waren ein Paradies für die Spitze von AK und ÖGB. Sie konnten aufgrund ihrer guten Verbindung mit der Regierung und der Wirtschaft viele Privilegien genießen von denen Gewerkschaftsspitzen in anderen Ländern nur Träumen können. Eine Hauptaufgabe des ÖGB für Wirtschaft und Politik war und ist das Ruhigstellen der Beschäftigten. Im Gegenzug wurden der Gewerkschaftsspitze ein gewisser Freiraum und gestalterische Möglichkeiten gewährt. Und genau diese werden durch die neue Regierung dem ÖGB genommen.

"Geht's scheissen!"

Die bereits erfolgte Einschränkung des Arbeitsinspektorats, der Versuch der Zerschlagung der Kollektivverträge, die Ankündigung der Senkung der Kammerumlage, setzen die Spitze von AK und ÖGB unter Druck. Der Regierungsleitsatz: "Speed-Kills", bedeutet, dass über Verhandlungen mit der Gewerkschaft drüber gefahren wird. Bezeichnend dafür ist eine Szene des 6. Juni 2000: als eine ÖGB-Delegation dem Wirtschaftsminister eine Protestresolution mit 64.000 Unterschriften überreichen wollte ließ sich der Minister von einem Sektionschef verleugnen. Beim Abwimmeln der ÖGB-Delegation ließ sich der Sektionschef noch zu dem bemerkenswerten Ausspruch "geht's scheißen" hinreißen.

Für Funktionäre die gewohnt waren per Handy mit den Eliten der Macht zu kommunizieren und immer mindestens einen Minister zu stellen, muss diese Szene tatsächlich wie eine "Vertreibung aus dem Paradies" gewirkt haben. Es ist damit zu rechnen, dass diese Spitze wieder zurück in dieses Paradies will. Aber auch dazu wird zumindest ein begrenzte Mobilisierung der Basis notwendig sein.

Die mehr symbolträchtigen Aktionen des ÖGB bis jetzt, sind ein konkreter Ausdruck davon.

Ordnungsfaktor und Gegenmacht

Um eine klarere Perspektive für die Zukunft zu haben, ist ein Blick in die Vergangenheit notwendig. Im Aufsatz "Die Gewerkschaften in der Epoche des kapitalistischen Niedergangs" schrieb Leo Trotzky 1940: "Sie (die Gewerkschaften) haben einen zentralisierten eng mit der Staatsgewalt verbundenen kapitalistischen Widersacher zu bekämpfen. Für die Gewerkschaften-soweit sie auf reformistischen Boden bleiben, d.h. sich dem Privateigentum anpassen-entspringt hieraus die Notwendigkeit sich auch dem kapitalistischen Staate anzupassen und die Zusammenarbeit mit ihm anzustreben." und weiter "Die Gewerkschaftsbükratie sieht ihre Hauptaufgabe darin den Staat aus der Umklammerung des Kapitalismus zu >befreien<, seine Abhängigkeit von den Trusts zu mildern und ihn auf seine Seite zu ziehen."

Auf kaum eine andere Gewerkschaftsorganisation trifft diese Beschreibung mehr zu als auf den ÖGB. Der Weg den "Staat auf seine Seite zu ziehen" ist ab 1945 die herrschende Lehre im ÖGB. Die klassische Rolle einer Gewerkschaft in einem modernen kapitalistischen Staat ist die Doppelfunktion als Ordnungsfaktor und Gegenmacht. Das bedeutet sich einerseits den Herrschenden in Staat und Wirtschaft anzudienen. Das wesentliche Ziel der Gewerkschaftsspitze: an der "Tafel der Macht" mitzuspeisen und einen individuellen sozialen Aufstieg zu erleben, verfolgt die Gewerkschaftsspitze in dem sie sich dem Kapital und der Regierung als Ordnungsfaktor andient. Ordnungsfaktor meint, das bewusste ruhighalten der ArbeiterInnenklasse. Dazu ist es aber notwendig in verschiedenen Situationen dem Kapital seine Macht als Führung von Arbeitermassenorganisationen zu beweisen. Dieser Beweis wird in vielen Ländern durch Mobilisierung, also durch

Demonstrationen und Streiks angetreten.

Die Funktion der Gegenmacht funktioniert also nicht nur als Drohgebärde für das Kapital, die Mobilisierung der Basis dient auch um sozialen Fortschritt zu erreichen. Der Versuch "den Staat ein bisschen auf seine Seite zu ziehen" muss auch dazu führen dem Staat, Fortschritte für die ArbeiterInnenklasse abzurufen. Das bedeutet aber auch, dass die Einbindung der Gewerkschaftsspitze in die Staatsmacht, nicht nur der persönlichen Bereicherung sondern auch dem sozialen Fortschritt dienen muss.

Vom ÖGB wurde die Einbindung in die Staatsmacht übermäßig betrieben und die soziale Mobilisierung massiv hinten angestellt. 1945 war das Österreichische Kapital schwach. Der ÖGB setzte auf eine stark strukturierte Sozialpartnerschaft und eine Verflechtung der Staatsmacht durch die SPÖ. Als fungierte Gegenmacht eine hohe Zahl an Mitgliedern, als Mobilisierungspotential für den Notfall und eine enorme Machtbasis bei Post, ÖBB und der Verstaatlichten. Klar war, dass diese Strategie mittel- bis langfristig aufgehen kann, wenn zumindest Teile der Beschäftigten dadurch ebenfalls Vorteile erhielten. Auf der einen Seite präsentierte sich die Gewerkschaft als Mittlerin für einen besseren Job, eine neue Wohnung etc. Und auf der anderen konnten der Wirtschaft gewisse Zugeständnisse und Verbesserungen der sozialen Lebensverhältnisse für breite Schichten der Bevölkerung abgerungen werden.

Stellvertreterpolitik

Diese Politik hatte mehrere Schwachstellen. Die größte ist wohl die weitgehende Entpolitisierung der Gewerkschaftsbasis. Eine zweite Schwachstelle ist die Tatsache, dass die "Tore des Paradieses" für Teile der Bevölkerung verschlossen blieben. Die Lohn- und Gehaltsschere wurde immer größer, ImmigrantInnen, ArbeiterInnen und Arbeitern vor allem im Gewerbe erlebten schon seit Mitte der 80er einen sozialen Abstieg. Die

ÖGB-Spitze hat teilweise bis heute nicht verstanden, dass ihre eigene Zukunft mit einem besserem Lebensstandard der Beschäftigten verbunden ist.

Die Krise begann nicht im Februar 2000, sondern mit der Krise der Verstaatlichten Industrie. Die Privatisierungswelle und die Arbeitsplatzvernichtung hätte nur durch eine starke Mobilisierung verhindert werden können. Das hätte aber einen Bruch mit der SPÖ bedeutet. Die ÖGB-Spitze setzte auf Verflechtung mit SPÖ und Staatsmacht und überließ weite Teile der ArbeiterInnenklasse sich selbst, ein Faktor der den Aufstieg der FPÖ beschleunigte.

Politischer Widerstand in Form von Streiks und Großdemonstrationen gegen die blauschwarze Regierung ist von dieser ÖGB-Spitze nicht zu erwarten. Dazu wäre, ein grundlegender Bruch mit der jetzigen Politik und eine Unabhängigkeit vom Staat notwendig. Eine solche Politik ist nur gegen den Widerstand der jetzigen Führung durchzusetzen.

Wie weiter?

Die Arbeit im ÖGB und mit dem ÖGB ist aber von zentraler Bedeutung. Einerseits werden manche Gewerkschaften immer wieder auf Mobilisierung setzten, um mit den Herrschenden ins Gespräch zu kommen. Doch je mehr normal Berufstätige und Arbeitslose in diese Proteste einbezogen werden, desto mehr wird diese Mobilisierung eine Eigendynamik bekommen. Dazu kommt, dass vor allem bei Streiks die ArbeiterInnenklasse bzw. Teile von ihr ihre Macht spürt. Ein Faktor, der zu einem sprunghaften Anstieg des Bewusstseins führen könnte. Andererseits kann sich die Gewerkschaftsspitze dem Druck der Basis nicht vollkommen entziehen. Und dort, wo der Organisationsgrad hoch ist, wo die Belegschaft sowohl dem allgemeinen Sparpaket als auch einer besonderen Attacke der Regierung

ausgesetzt ist wird es zu einem enormen Druck der Basis kommen.

Beispiel LehrerInnenproteste

Typisch dafür sind die LehrerInnen und Lehrer. Anfang Oktober setzte die Gewerkschaftsspitze auf Dienststellenversammlungen und Abstimmungen über Streiks. Also auf Gegenmacht um mit der Regierung verhandeln zu können. Dann wurde den LehrerInnen ein schlechter Gehaltsabschluss und Verschlechterungen der Arbeitszeit präsentiert. Ordnungsfaktor, Botschaft an die Regierung: mit uns könnt ihr besser Verschlechterungen durchziehen.

Doch Teile der LehrerInnenschaft spielten nicht mit und organisierten eigene Widerstandsformen. Sofort sprang die Gewerkschaftsspitze darauf auf, um die Kontrolle zu gewinnen. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig eigenes politisches Handeln der Gewerkschaftsbasis ist.

Während der Widerstand des Gesamt ÖGB gegen die 2 Belastungspakete eher zahm war, spielten die EisenbahnerInnen eine Sonderrolle. Einerseits durch einen kleinen Streik am 28. Juni andererseits durch die Unterstützung der StudentInnendemonstration im Oktober. Aber auch das ist kein Zufall! Denn durch Sparpakete und direkte Einsparungen und Verschlechterungen bei der Bahn sind sie doppelt betroffen. Bereits unter SPÖ-Regierungen wurden Sparpakete, Stellenabbau und erhöhter Arbeitsdruck bei den ÖBB durchgesetzt. Jedesmal mit dem Versprechen, dass jetzt Schluss sei und die EisenbahnerInnen mit keinen weiteren Verschlechterungen mehr zu rechnen hätten.

Beispiel EisenbahnerInnen

Das hat sich in den letzten Monaten sehr schnell als Lüge der Beteiligten erwiesen. Auf der anderen Seite gibt es mit dem Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB) eine linke Fraktion, die allein durch Existenz

Druck auf die Gewerkschaftsführung aufbaut. Denn Haberzettl und Co müssen damit rechnen, dass sich der Unmut der Beschäftigten durch eine Stimme für den GLB bei den nächsten Personalvertretungswahlen Ausdruck finden kann.

SLP und Gewerkschaften

Für die SLP ist Politik in Betrieb und Gewerkschaften ein zentrales Element unsere Arbeit. Wichtig in der jetzigen Situation ist zu betonen, welche Macht der ÖGB hätte, wenn er versuchen würde seine Mitglieder zu mobilisieren. Man/frau stelle sich noch vor was passieren würde, wenn etwa die HYPD, die Reinigungskräfte und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, die Krankenschwestern der wichtigsten Krankenhäuser mobilisieren würde. Klar ist: ohne Streiks wird man/frau die jetzige Politik nicht ändern können.

Ohne eine Unabhängigkeit vom Staat und eine echte Gewerkschaftsdemokratie ist eine kämpferische Politik unmöglich. Unsere Aufgabe ist es möglichst viele Menschen hinter diese Forderungen zu bringen und zu eigenständigen Mobilisierungen zu motivieren. Nur so können wir diese Regierung stürzen und den Grundstein für eine demokratische und kämpferische Interessenvertretung der Beschäftigten legen.

Michael Gehmacher

Zum Weiterlesen:

**1950
Der große
Oktoberstreik**

**von
John Evers**

20 Seiten
öS 35.-
(inkl. Porto)

Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser PSK-Konto 8812.733 (Name und Adresse angeben!)

Wen vertritt der ÖGB?



Zwei Aktionstage, eine Parlamentsumrundung, die Beteiligung an einer Großdemonstration und endlose Diskussionen - das ist die magere Bilanz des ÖGB gegen Blauschwarz. Dass der ÖGB bisher nur wenige Lebenszeichen gegen den Sozialabbau, den Rassistismus und die Angriffe auf Gewerkschaftsrechte durch diese Regierung gesetzt hat, wurzelt in seiner Tradition. Ein weiterer Grund ist aber auch die Konzentration bzw. Reduktion auf traditionelle Schichten der ArbeiterInnenklasse. Das typische ÖGB-Mitglied ist ein österreichischer, männlicher Industriearbeiter oder Büroangestellter. Auf die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur hat der ÖGB nur wenig reagiert. In der Widerstandsbewegung sind aber zu einem Gutteil auch jene "nicht-traditionellen" Teile der ArbeiterInnenklasse aktiv, die der ÖGB nur wenig wahrnimmt.

Die Frau - das unbekannte Wesen

Obwohl Frauen fast die Hälfte der Beschäftigten stellen, sind sie im ÖGB nur wenig vertreten und Frauenthemen nur Randthemen. Gerade Frauen sind durch die Sparmaßnahmen dieser und der vorherigen Regierungen mehrfach belastet. Aber die Gewerkschaft hat für Frauen in den letzten Jahren nicht gerade viel erreicht. Um nur den Handel - eine typische Frauenbranche - als Beispiel zu nehmen: der 8. Dezember als

Feiertag ist mit Zustimmung der Gewerkschaft schon passé, täglich können Geschäfte bis spätabends offen gehalten werden und Samstagmittag darf auch schon gearbeitet werden. All das in nur ein paar Jahren.

Insgesamt haben Frauen von vornherein im "Männerverein" Gewerkschaft nur wenig Chancen. Das Dickicht ist für sie oft nur schwer zu durchdringen. Auf betrieblicher Ebene schaffen sich Männer durch ihre gesellschaftliche Position gestärkt oft schneller Positionen im Betriebsrat. Nicht selten hieven sie sich mit Argumenten wie eine bessere Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Geschäftsleitung zu haben oder keine "Babypause machen zu müssen" die gewerkschaftliche Karriereleiter nach oben. Beispiel Textil- und Bekleidungsindustrie: hier sind fast nur Frauen beschäftigt - außer im Betriebsrat und der Gewerkschaft, die bleiben männlich dominiert.

Auf gewerkschaftlicher Ebene bleiben Frauen insofern leicht auf der Strecke, als die gewerkschaftlichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die meist am Wochenende oder Abend stattfinden, für Frauen oft ein unüberwindbares Hindernis darstellen, wenn sie Kinder betreuen müssen.

Kein Platz für ImmigrantInnen

Gerade in Österreich sind MigrantInnen mit der Situation konfrontiert,

dass GewerkschafterInnen ausländerfeindlichen Gesetzen zustimmen. Ihr Scheinargument ist: Schutz der österreichischen Arbeitskräfte. Damit vollzog die Gewerkschaft die rassistische Spaltung der ArbeiterInnenklasse nach und schwächte diese dadurch. Das geht soweit, dass sie auch weitgehend von demokratischen Prozessen innerhalb der Gewerkschaft und den Betrieben ausgeschlossen sind. So dürfen sie zwar BetriebsrätInnen wählen, aber sich selbst nicht aufstellen lassen. Das sichert vor allem der SP-Fraktion viele Stimmen. So müssen die MigrantInnen unter den Übeln wählen, die sich "vertreten" sollen. Es verwundert dann auch nicht, dass der Organisationsgrad eher gering ist.

Wer die Jugend hat hat die Zukunft...

Viele Jugendliche kennen die traditionelle Jugendarbeit der Gewerkschaften nicht mehr und finden sich in den Strukturen, die die Gewerkschaft anbietet häufig nicht wieder. Der Wille zum politischen Engagement ist zwar da, doch Jugendliche, die an ihrer Lebenssituation und der Welt in der sie leben etwas ändern wollen haben nur wenig Möglichkeit sich zu aktivieren. Sie lernen die Gewerkschaft nicht als die Kampforganisation kennen. Für sie ist der ÖGB eine Serviceorganisation, wie z.B. auch der ARBÖ od. ÖAMTC, mit kaum Möglichkeiten zur demokratischen

tischen Mitbestimmung.

Heute gibt es kaum noch Jugendstrukturen des ÖGB bzw. der Fachgewerkschaften. Begründet wird das damit, dass die Jugend sei unpolitisch sei. Spätestens die Widerstandsbewegung beweist das Gegenteil. Aus dieser konnte sich die Gewerkschaftsjugend auch teilweise reaktivieren. Aber diese AktivistInnen werden rasch die bürokratischen Grenzen gewerkschaftlicher Aktivität sehen. Anstatt mitzugestalten und mitzubestimmen degradiert der ÖGB seine Mitglieder zu passiven BeitragszahlerInnen. Und so stellen die undemokratischen Strukturen des ÖGB reales Hindernis für politische Aktivität von v.a. Jugendlichen dar.

Atypische Mitglieder?

Die wachsende Gruppe von Menschen, die in unsicheren und atypischen Beschäftigungsverhältnissen stecken, scheint für den ÖGB auch nicht interessant zu sein. Arbeitslose dürfen Mitglied bleiben, wenn sie es schon sind, werden aber nicht extra angesprochen.

Damit entgehen dem ÖGB mehrere Gruppen von ArbeiterInnen, die besonders betroffen sind von den Angriffen der blauschwarzen Regierung und die international aber auch in

Österreich ein wichtiges Potential für Widerstand gegen neoliberale und gewerkschaftsfeindliche Politik darstellen.

Seit Jahren beklagt der ÖGB den Mitgliederrückgang, kaschiert in mühsam mit PensionistInnenregelungen und reagiert am Grund vorbei, indem er sich mehr und mehr zur Serviceroorganisation wandelt. Zweifellos ist es nicht schlecht, wenn über die Gewerkschaft ein Urlaub gebucht werden kann oder Konzertkarten günstiger sind, diese Serviceleistungen sollten aber nur einen Nebenposten darstellen.

Gerade in der Widerstandsbewegung gegen Blauschwarz mussten Viele aber feststellen, dass der gewerkschaftliche Protest nicht über ein kurzes Aufflackern von Demonstrationskultur und ein paar schnittige Reden hinausgeht. Ja ganz im Gegenteil, scheint es doch historisch gesehen so zu sein als ob die wenigen Maßnahmen, die die Gewerkschaft setzte, nur als "Dampfablasser" fungierten. Zum Zeitpunkt, als möglich gewesen wäre, die Regierung durch einen Streik aus den Angeln zu heben, hat der ÖGB auf "Bitte warten" gestellt. Gestreikt würde erst dann, wenn konkrete Maßnahmen beschlossen würden bzw. in Kraft träten. Mittlerweile sind die Sparpakete beschlossen, teil-

weise auch schon in der Realisierung und trotzdem sitzt die Regierung fester im Sattel als zuvor. Selbst Ankündigungen sich bei den Kollektivvertragsverhandlungen das zurückzuholen, was den ArbeiterInnen durch die Sparmaßnahmen weggenommen wurde blieben flotte Wortmeldungen. Man/frau fragt sich also zu recht, was der ÖGB in den letzten Monaten getan hat.

Kämpferischer und demokratischer ÖGB

Gewerkschaften als Vertretung und Kampforganisationen der ArbeiterInnenklasse haben keineswegs ausgedient. Der ÖGB muss offen für jene "atypischen" Mitglieder werden, die bisher nur am Rand wahrgenommen wurden. Er muss demokratisiert werden, damit die Wünsche, Ziele und Forderungen der Mitglieder entscheiden und nicht zu Tode bürokratisiert werden. Und der ÖGB muss kämpferisch werden um eine tatsächliche Vertretung darzustellen - eine Vertretung aller Beschäftigten, egal welches Geschlecht, welche Nationalität, welches Alter, welche Form von Beschäftigung.

Karin Wottawa

Marxismus & Internet

Die SLP ist auch im Netz: www.slp.at

Wer immer noch glaubt, daß MarxistInnen verstaubte Ewiggestrige seien, den überzeugt ein Blick auf die SLP-Homepage sicher endlich eines Besseren. Und wer noch immer glaubt, Frauen verstünden nichts von Technik, dem beweist die von **Lisa Duhms** gestaltete Homepage daß er im Mittelalter denkt.

www.slp.at beinhaltet aktuelle Statements der SLP und des CWIs, unserer Internationale, Hinweise über Publikationen und Aktivitäten sowie einen Überblick über unsere Arbeit.



Von der Notwendigkeit des Programmes



Die Gesellschaft verändert sich nicht von selbst. Die Geschichte von Aufständen und Revolutionen der Unterdrückten besteht aus Niederlagen und wenigen Siegen. Dafür verantwortlich: Das Fehlen einer revolutionären Partei und das Fehlen eines entsprechenden Programmes. In der ArbeiterInnenbewegung gab und gibt es viele Programme. Nur wenige sind geeignet, um die Klasse zum Sieg führen zu können.

Unmut über Ungerechtigkeit im Allgemeinen und Mißstände im Besonderen sind weit verbreitet. Sie reichen von der Ablehnung von Schulnoten, der schlechten Bezahlung am Arbeitsplatz und der blau-schwarzen Regierung, über den Wunsch, etwas gegen den Hunger in der Welt zu tun, bis zum Aufstand gegen den “globalen Kapitalismus”. Unmut und Leidensdruck entladen sich immer wieder. Neben individuellen Versuchen, an der eignen Situation etwas zu ändern, sind die kollektiven von größerer Bedeutung. Die Erfolgchancen steigen, wenn mehrere Menschen gemeinsam aktiv werden. Aber wie die Geschichte beweist, reicht auch das nicht.

Spontaneität und Programm

Eine Bewegung kann dann erfolgreich sein, wenn sie ein klares, gemeinsames Ziel vor Augen hat und es organisiert versucht zu erreichen. Programm und Partei: das sind die zwei untrennbar verbundenen Elemente, die bei Aufständen und Revolutionen,

selbst wenn sie spontan beginnen (= unvermittelt ausbrechen), über Sieg und Niederlage entscheiden. Eine Partei ist nicht der Ersatz für den Kampf der Massen, sondern dessen Konzentration. Als Verbindung zwischen Partei und der ArbeiterInnenklasse (jener Klasse, die alleinig die Fähigkeit besitzt, den Kapitalismus zu stürzen) dient das Programm der Partei.

Wozu ein Programm?

Seit den Anfängen der ArbeiterInnenbewegung gab es Programme. Deren Notwendigkeit wurde immer wieder in Frage gestellt. Prominent behandelt wurde dies von Lenin in “Was Tun?” 1902. Eine Strömung (“Ökonomen”) argumentierte, es gäbe keine Notwendigkeit für ein Programm, für Forderungen, für eine Partei. Sie meinten, die Lösungen würden spontan aus der ArbeiterInnenklasse entstehen, wenn diese erstmals die Bühne des Klassenkampfes betreten würde. Der Sturz des Zarismus und des Kapitalismus in Rußland 1917 war aber keineswegs das Ergebnis einer “spontanen Bewegung”, in der Forderungen “von selbst” entstanden. Er war nur möglich, da es mit den Bolschewiki eine Partei mit einem klaren Ziel und Programm gab. Dieses Programm war nichts starres, das seit dem Entstehen der Bolschewiki 1903 unverändert geblieben wäre. Es war in Kämpfen getestet und verändert worden.

Um als ideologische Waffe der ArbeiterInnenklasse auch wirklich ein-

gesetzt werden zu können, muß ein politisches Programm im Zusammenhang mit den objektiven Notwendigkeiten und dem Bewußtsein der ArbeiterInnen stehen. Das Verdienst von Marx und Engels war es nicht, im stillen Kämmerlein ein abstraktes Programm zu schreiben, sondern die konkreten Erfahrungen der ArbeiterInnenklasse zusammenzufassen und sie dieser in Form des “Kommunistischen Manifestes” 1848 zurückzugeben.

Programm und Bewußtsein

Das Privateinkommen der zehn reichsten Menschen der Welt übersteigt das Nationaleinkommen der 48 ärmsten Länder. 1,2 Milliarden Menschen müssen von weniger als einem Dollar pro Tag leben. Angesichts solcher Zahlen ist es eigentlich offensichtlich, dass der Kapitalismus unfähig ist, der Menschheit Frieden und Wohlstand zu bringen und folgerichtig beseitigt gehört. Würde es reichen, die Fakten aufzuzählen, hätten wir uns den Ersten und den Zweiten Weltkrieg erspart, und würden längst im Sozialismus leben. Sozialismus muß gegen den Widerstand der Kapitalisten erkämpft werden. Das Bewußtsein der ArbeiterInnenklasse ist dafür zur Zeit nicht weit genug entwickelt. Das politische Programm ist ein Mittel, um dieses Klassenbewußtsein bilden zu helfen. Marx hat festgestellt, daß durch ein korrektes Programm die ArbeiterInnenklasse sich von einer “Klasse an sich” (dem Rohmaterial für Ausbeu-

tung) zu einer "Klasse für sich" (also einer sich ihrer Rolle und ihrer Möglichkeiten bewußten Klassen) entwickeln kann. Ebenso wenig wie ein Programm "spontan" und "von selbst" entsteht, entwickelt sich Bewußtsein nicht über Nacht. Es entsteht in Kämpfen, in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, dem Chef, der Polizei, dem Staat. Programme sind ein wichtiges Element in dieser Entstehung.

Unzulängliches Programm

In Chile gewannen 1970 die Sozialdemokraten in einer Situation von wachsender Krise und Radikalisierung der Massen die Wahlen. Salvador Allende wurde Präsident. Seine Maßnahmen blieben auf halbem Wege stehen. Mit der parlamentarischen Mehrheit, der Verstaatlichung wichtiger Betriebe und Enteignung von US-Konzernen und einer Landreform beinhaltete diese Politik großartige Verbesserungen. Doch die Sozialdemokraten (geschweige ihre bürgerlichen Bündnispartner) hatten keineswegs die endgültige Konfrontation mit dem kapitalistischen System in Betracht gezogen – sie hatten keinen revolutionären Anspruch. Das ist keine Bagatelle! Unter anderem ignorierte ihr Programm völlig die Tatsache, dass der Kapitalismus mit allen Mitteln versuchen wird, sich an der Macht zu halten. Führen soziale und militärische Krisen sowie erkämpfte Reformen zu weit, bleiben nur noch zwei Wege: Revolution oder Konterrevolution. Diese blutige Erkenntnis wiederholte sich in Chile 1973. Die Reaktion sammelte ihre Kräfte und holte mit Hilfe der USA zum Gegenschlag aus. Die Massen, an ihrer Spitze die ArbeiterInnen, waren zum Machtkampf bereit gewesen. Die maßgebliche politische Kraft hatte ein anderes Programm. Was blieb, war nicht einmal der Schatten einer der Reformen der Allende-Administration. Der Putsch im September 1973 stellte eine der größten Niederlagen der internationalen ArbeiterInnenbewegung nach dem II. Weltkrieg dar.

Keine Erbsenzählerei

Die langwierige Ausarbeitung eines Programms ist kein Streit um des Kaisers Bart. Oft wird ins Lächerliche gezogen, dass sich sozialistische Klein(st)Organisationen um Programmpunkte streiten. In Aufbruchzeiten und umso mehr in revolutionären Situationen können solche Klein(st)Organisationen wachsen. Trotz oder wegen der Stärken ihres Programms. Im ersten Fall hat es negative Auswirkungen auf die Bewegung und die neu politisierten Menschen, im zweiten Fall kann das die Grundlage für große revolutionäre Formationen sein, die am Rad der Geschichte mitdrehen können.

Das Programm bzw. Teile von ihm können auf verschiedene Art formuliert werden. Konsequente Forderungen und Slogans waren im Aufbau der Bolschewiki mitentscheidend. Vor dem Februar 1917 noch eine scheinbar unbedeutende Kaderpartei wuchs sie binnen Monate auf zigtausende Mitglieder an. Der vorhandenen passiven Sympathie ihnen gegenüber folgte in dieser Periode der Durchbruch als Hauptkraft der besten Teile der städtischen und ländlichen ArbeiterInnenklasse Rußlands. Es gibt auch aktuelle Beispiele: Indonesien (jahrzentelange Militärdiktatur) stand 1998 vor einem revolutionären Prozeß. Hätte die einzige linke Kraft zu dieser Zeit, die PRD, ein Übergangsprogramm angewendet, dass die demokratischen und sozialen Bedürfnisse mit der Notwendigkeit des unmittelbaren Sturzes des Kapitalismus verband, stünde sie jetzt im Zentrum der kämpferischen proletarischen Schichten. Die Perspektiven für die indonesischen Massen würden günstiger stehen. Das System wäre zumindest stärker ins Wanken geraten. Ihre programmatische Mißorientierung führt sie heute zur Unterstützung der aktuellen bürgerlichen Regierungskoalition, die sogar mit Teilen des Militärs kooperiert.

Materielle Interessen prägen

Programm, Bewußtsein und Klassenhintergrund hängen miteinander

zusammen. Bei einer Partei, die in großem Ausmaß dem Druck einer Klasse (bzw. Teilen dieser oder mehrerer Klassen) und damit materiellen Interessen und Bewußtsein (sowie dessen Entwicklung) ausgesetzt ist, ist eine Interaktion unausweichlich. Dies kann sowohl zu Bewußtseinsentwicklung der von der Partei organisierten Schichten (und darüber hinaus), als auch zur Anpassung bei Programm und Slogans führen. Ein revolutionäres Programm allein ist kein Garant gegen eine Entartung oder für den Aufstieg zur Massenpartei. Aber es ist eine Grundvoraussetzung, um in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen die Interessen der ArbeiterInnenklasse als Ganzes überhaupt umzusetzen zu können. Nicht zufällig war ein wichtiges Element bei allen möglichen Formen des Reformismus die Orientierung auf klein- und bürgerliche Schichten. Das Programm stellt ein Unterscheidungsmerkmal zwischen verschiedenen Organisationen und Klasseninteressen dar.

Reformismus – wessen Programm?

Die Sozialdemokratie, die für viele Jahrzehnte die zentrale Organisation der ArbeiterInnenbewegung war, trennte ihr Programm stets in ein "Minimalprogramm" und ein "Maximalprogramm". Während sich das eine mit tagespolitischen Fragen und Forderungen (Arbeitszeit, Wahlrecht, etc.) befasste, stellte das andere den "Sozialismus" als Lösung vor. Die Entwicklung des Kapitalismus, der spätestens mit der vorletzten Jahrhundertwende jeden fortschrittlichen Aspekt verloren hat, und die politische Praxis der Sozialdemokratie haben die Unzulänglichkeit dieser Trennung offengelegt. Die Sozialdemokratie, bzw. der Reformismus generell, beschränkte sich bestenfalls auf die Umsetzung der "Minimalforderungen", die größtenteils vorübergehend auch im Kapitalismus erreichbar waren. (Wohlgemerkt vorübergehend!) Die "Maximalforderungen" standen zwar noch im Programm und wurden auch zu Feiertagen hervor gekramt, spielten

aber in der Praxis keine Rolle. Systemübergreifende Forderungen wurden mit dem Verweis, die Zeit sei noch nicht reif, auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben.

Der Reformismus stellte einerseits die ideologische Basis von bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Elementen dar. Andererseits widerspiegelte sich ein noch nicht vollständig entwickeltes Bewußtsein der Klasse bzw. Teile von ihr. Der Reformismus ist sehr stark von äußeren Bedingungen abhängig. Im Lauf der Zeit war nicht mehr die Kraft der ArbeiterInnen ist der Treibstoff der Bewegung, sondern Parlamentarismus, Kompromisse mit und Zugeständnisse "von oben". Abhängig vom Druck der Massenbasis und den Spielräumen in System und Klassenkampf (Aufschwungszeiten versus Krisenzeiten) wird der Reformismus ein immer stumpferes Werkzeug für Verbesserungen.

Das Übergangsprogramm

In den ArbeiterInnen-Organisationen stützte sich der Reformismus immer und immer wieder auf diese Trennung. Die revolutionären Traditionen hingegen nahmen die Aufgaben, wie sie kamen. Die Bolschewiki schlugen zwischen den verschiedenen Ebenen des Kampfes Brücken. Leo Trotzki, führender Bolschewik, formulierte das Konzept des Übergangsprogrammes.

Das Übergangsprogramm ist nicht nur das 1938 von Trotzki verfasste Programm zur Gründung der Vierten Internationale sondern ein weitergehendes Konzept. Trotzki hat in den 30er Jahren festgestellt, dass die Situation für eine Revolution überreif sei, aber gleichzeitig auf den Widerspruch zwischen der objektiven Situation und dem Bewußtsein der ArbeiterInnenklasse hingewiesen. Im Gründungsprogramm der IV. Internationale heißt es: "Die strategische Aufgabe der nächsten Periode – einer vorrevolutionären Periode der Agitation, Propaganda und Organisation – besteht darin, den Widerspruch zwischen der Reife der objektiven

Vorraussetzungen für die Revolution und der Unreife des Proletariats und seiner Vorhut (...) zu überwinden. Man muß den Massen im Verlauf ihres tagtäglichen Kampfes helfen, die Brücke zwischen ihren augenblicklichen Forderungen und dem sozialistischen Programm der Revolution zu finden. Diese Brücke muß aus einem System von Übergangsforderungen bestehen, die von den heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse ausgehen und stets zu ein und demselben Schluß führen: zur Machteroberung des Proletariats."

Ein wichtiges Element des Übergangsprogrammes war seine internationale Ausrichtung. Eine bittere Lehre war die stalinistische Entartung der Sowjetunion. Die Isolation der Revolution in Rußland war eine der Ursachen.

Kaum Spielräume

Auch heute müssen revolutionäre Organisationen mittels eines Übergangsprogrammes die Brücke zwischen objektiver Situation und realem Bewußtsein schlagen. In den letzten Jahren ist es objektiv immer weniger möglich, sich auf "Minimalforderungen" zu beschränken. Der Kapitalismus ist in einer schwierigen Situation. Der Platz für Reformen wird enger. Forderungen, die in den 70er Jahren noch zum Repertoire reformistischer Organisationen gehörten, muten heute geradezu revolutionär an. Die italienische ArbeiterInnenklasse hatte nach dem Zweiten Weltkrieg die Einführung der gleitenden Lohnskala erreicht (automatische Inflationsabgeltung bei Löhnen und Gehältern, verhandelt wird nur mehr über Realloohnerhöhungen). In den 90er Jahren wurde diese abgeschafft, heute wird diese Forderung von Gewerkschaftsbürokraten als "irreal" abgetan.

Der Kapitalismus führt unausweichlich zu allen möglichen Krisen. Deshalb läuft die konsequente Logik des Reformismus (Systemüberwindung nicht auf der Tagesordnung) entweder auf Konterreformen als Instrument der

herrschenden Zustände oder einen revolutionären Standpunkt mit der ArbeiterInnenklasse als alleinigen Bezugspunkt, hinaus. Vollzieht sich eine Loslösung der Klasse von der Führung (z.B. Abgehobenheit der Parteibürokratie) ist die Verbürgerlichung unausweichlich. Ehemalige "Reformisten" ziehen sich vor dem Hintergrund eines notgedrungen aggressiveren Kapitalismus auf "Sachzwänge" zurück. Gefordert wird nicht, was notwendig wäre, sondern was "möglich ist". Unbestritten: Wenn man nicht kämpft, ist nichts möglich. Die Programme der verschiedenen reformistischen Parteien stellen die Systemfrage schon längst nicht mehr. Die Veränderung von Programmen drückt stets auch die Veränderung dieser Parteien aus. Mit den entsprechenden Beschlüssen auf Parteitag wird ein meist jahrelanger Prozess zum Abschluß gebracht. Die Debatte um die Streichung der "Clause 4" im Programm der britischen Labour Party symbolisierte die Transformation zur bürgerlichen "New Labour". Auch die SPÖ hat bereits vor Jahren das Ziel der klassenlosen Gesellschaft aus ihrem Programm verbannt und damit einen bewußten Bruch mit ihrer Geschichte und Tradition vorgenommen.

RevolutionärInnen: Die besten ReformerInnen

Menschen, deren Ziel der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft ist, beschränken sich umgekehrt keineswegs auf Maximalforderungen. Gerade angesichts der engeren Verteilungsspielräume, der neoliberalen Offensive und dem im Zuge der 90er Jahre zurückgeworfenen Klassenbewußtseins ist die Verteidigung von und der Kampf um Reformen ein wichtiger Schritt. Bei diesen Auseinandersetzungen kommt es zu einer direkten Konfrontation mit dem Klassegegner. Der Prozeß von Kämpfen, Niederlagen und Siegen in Bezug auf Reformen ist zentral bei der Herausbildung von Klassenbewußtsein. Ein revolutionäres Programm endet nicht mit

dem Erreichen der einen oder anderen Reform. Die erreichten Reformen im Kapitalismus sind ständig in Gefahr. Ein revolutionäres Programm muß erklären, wer sie warum rückgängig machen möchte und wie sie verteidigt werden können. Sozialismus ist kein abstraktes Ziel. Revolution ist eine neue Qualität der Reform. Sie ist ihre Fortsetzung und Bejahung, nicht ihr Widerspruch.

Welches Programm gegen Rassismus?

Im Kampf gegen Rassismus können Gleichbehandlungsgesetze ein Mittel sein, um Bewußtsein für das Problem zu schaffen. Lösen werden sie es jedoch nicht. Die kapitalistische Wirtschaft braucht billige Arbeitskräfte und die Spaltung der Menschen nach Herkunft und "Rasse" macht für die herrschenden Parteien Sinn. Ausgehend von Brechts "Erst kommt das Fressen, dann die Moral", kann Rassismus effektiv nur bekämpft werden, wenn die soziale und gesellschaftliche Basis verändert wird. In Südafrika hat sich an der sozialen Apartheid durch die Beendigung der rechtlichen nichts geändert. Ein Minimalprogramm würde hier rechtliche Gleichstellung fordern, das Maximalprogramm darauf verweisen, dass Rassismus und Sexismus erst im Sozialismus endgültig überwunden werden können.

Ein Übergangsprogramm erklärt die Rolle des Rassismus als Stütze des Systems, die Notwendigkeit von sofortiger rechtlicher und sozialer Gleichstellung, die Bedeutung des gemeinsamen Kampfes von In- und AusländerInnen gegen kapitalistische Ausbeutung (z.B. für kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne, damit ImmigrantInnen nicht als Lohndrücker eingesetzt werden können) und die Notwendigkeit, dass Wirtschaft und Gesellschaft von der ArbeiterInnenklasse verwaltet und kontrolliert werden. Ein Programm muß außerdem klären, WER das ganze WIE erreichen soll und kann. Auch hier offenbaren sich die Schwächen der "gemäßigten", "zivilgesellschaftli-

chen" und "undogmatischen" Konzepte. Deren Bündnispartner sind oft nicht zuletzt Teile der Regierung, der etablierten Parteien, Kirchen oder des Staates. "AusländerInnen" werden als barmherzige Mitbürger betrachtet, denen man helfen sollte. Für RevolutionärInnen steht die Einheit der unterdrückten Menschen im Vordergrund. Unser Programm zieht auf den aktiven Kampf aller Betroffenen ab. Die Unabhängigkeit von den etablierten Kräften und dem bürgerlichen Staat ist dabei Voraussetzung.

Programmlosigkeit als Programm

Wir leben in einer "programmlosen" Zeit. Der Zusammenbruch des Stalinismus, die endgültige Verbürgerlichung der sozialdemokratischen (Massen-)Parteien, die ideologische und neoliberale Offensive der Bürgerlichen führten zu gewaltigen Veränderungen im Bewußtsein der Menschen, in der Struktur politischer Aktivität, in den Programmen vieler Organisationen, zu Umbrüchen in Gewerkschaften, ..., den Büchern und Ergüssen der sogenannten Intelligenz. In den 90ern steht dem sozialen Verfall und der politischen Instabilität des Establishments ein großes Vakuum auf der Linken gegenüber. Programme (vor allem sozialistische) sind angeblich "out". Das ist Käse! Programmlosigkeit ist genauso ein Programm. Nur halt keines, mit dem man den Problemen, vor denen wir stehen, begegnen kann. Wir halten daher ein konkretes revolutionäres Programm für umso wichtiger.

Ein Programm für das 21. Jahrhundert

Eckpfeiler sind unserer Meinung nach (speziell in Österreich und Europa) der Kampf um den Wiederaufbau der ArbeiterInnenbewegung und starker sozialistischer Parteien sein. Mittel dafür sind effiziente Gegenwehr zu den Angriffen der Regierung und Unternehmer. Das heißt für uns, in unserem Programm die Notwendigkeit von und das Recht auf Streiks und der Selbstorganisation zu betonen. Ebenso

wie dazu unabhängige, kämpferische und demokratische Gewerkschaften nötig sind. Unsere Lösung für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei verbindet die Erkenntnisse über die neue Weltlage (neoliberale Offensive) und den Charakter der SPÖ mit dem sich entwickelnden Bewußtsein bei (vor allem) jüngeren Schichten der ArbeiterInnenklasse.

Was wir jetzt schon mit Stolz als politische Heimat anbieten können, ist unsere Partei. Wir kämpfen selbstverständlich für revolutionäre Massenparteien, sehen aber die Komplexität des Wiederaufbaus der Bewegung. Daher unterstützen wir jeden Ansatz, der in Richtung einer neuen unabhängigen Klassenpartei führen sollte. Wir haben dieses Programm in die Widerstandsbewegung des Februar 2000 hinein getragen. Dem neoliberalen Credo von "Sparlogik", "Flexibilisierung", Ausgrenzung (Rassismus) und gesellschaftlichem Rückschritt (z.B. Frauenpolitik) gilt unsere Aufmerksamkeit. Dem wachsenden Nationalismus, der EU und der "globalisierten" Unternehmer-Logik setzen wir Internationalismus und die gewerkschaftliche Einheit gegenüber.

Unser Programm steht auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus und der Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung in den letzten 150 Jahren. Unser Programm findet sich in allen unseren Reden und Publikationen. Manchmal als kurze, knappe Aktionsprogramme, als einzelner Slogan auf einer Demo, als seitenlanger Magazinartikel, als Brief an eine/n KollegIn, der/die SLP näher kennenlernen möchte, in Form eines detaillierten Übergangsprogrammes oder als Buch unserer internationalen Organisation. Denn die gesellschaftlichen Bedingungen, allem voran das Bewußtsein, haben sich in den 90ern wesentlich verändert. So ändern sich auch die Schwerpunkte und Betonungen in Programmen. Das detaillierte Übergangsprogramm ist gerade in Überarbeitung. Das dauert, denn wir nehmen diese Aufgabe ernst.

Sonja Grusch

Das Kommunistische Manifest



„Die Kommunisten sind also der entschiedenste immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder“ (Marx/Engels: Manifest der kommunistischen Partei). Als aus dem „Bund der Gerechten“ 1847 der „Bund der Kommunisten“ hervorging, stellte sich die Frage nach einem Programm. So wurden Marx und Engels im November auf einem in London abgehaltenen Kongress mit der Abfassung eines, für die Öffentlichkeit bestimmten, theoretischen und praktischen Parteiprogramms beauftragt. Das Ergebnis war das Manifest, das wenige Wochen vor der Pariser Februarrevolution 1848 nach London zum Druck wanderte.

Die Klassengesellschaft

Das Manifest beschreibt die Geschichte der Menschheit als Geschichte sozialer Auseinandersetzungen – den Klassenkämpfen. Mit Proletariat und Bourgeoisie waren zwei Klassen entstanden, die sich künftig unvereinbar gegenüberstehen sollten. Auf der einen Seite die Bourgeoisie, die durch den „Ankauf“ und Ausbeutung der Ware Arbeitskraft, ihren Reichtum vermehrt. Und auf der anderen das Proletariat, dass in Lohnkonkurrenz untereinander und Abhängigkeit dieser seine Arbeitskraft verkaufen muss.

Um selbst an die Macht zu kommen, braucht auch die Bourgeoisie revolutionäre Elemente. Sie entklerikalisiert, proklamiert die formale Gleichheit aller Menschen, schafft eine einheitliche Produktionssphäre und den modernen Nationalstaat. Kurz: Sie

muss Bedingungen schaffen, die die Ordnung der Gesellschaft nach kapitalistischen Merkmalen erlaubt. Dazu braucht sie ArbeiterInnen, die nicht mehr, wie im Feudalismus die Bauern und Landarbeiter, an Grund und Boden gefesselt sind. Im Gegensatz aber zur Bourgeoisie, sind die ArbeiterInnen auch nicht an den Nationalstaat gebunden. Ihr grundlegendes Interesse ist die Überwindung des Nationalstaates und Kapitalismus in der „freien Assoziation der Produzenten“.

Revolutionäre Rolle

„Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden“. Marx und Engels waren nicht die Ersten, die die Teilung der Gesellschaft in Klassen erkannten. Ihr historisches Verdienst liegt in der Erkenntnis der Notwendigkeit der Organisierung der ArbeiterInnen als geschichtliche Subjekte, die in den historischen Prozess eingreifen können. Das setzte die Erkenntnis voraus, dass das bürgerliche Eigentum nicht nur vom Proletariat erarbeitet wird, sondern auch nur von diesem überwunden werden kann. Die Bourgeoisie hat gleichsam ihre eigenen Totengräber geschaffen, indem sie das Proletariat hervorgebracht hat.

Dabei war nicht nur wichtig, Geschichte zu analysieren und Prognosen anzustellen. Der Schlüssel der zukünftigen Entwicklung lag vor allem in der gemeinsamen Aktion, organisiert durch ein Programm mit den wesentli-

chen Zielen. Das Manifest war Teil des Versuches in organisierter Form für die Interessen der ArbeiterInnen entschlossen zu kämpfen. Und somit denen die Macht in die Hände zu geben, die einzig in der Lage sind, die Gesellschaft auf gleichberechtigter, solidarischer Basis zu organisieren.

Dass dies nicht mit Appellen machbar ist und auch nicht durch Reformen allein, die an Krisen und den Fesseln des Kapitalismus nichts verändern, gilt heute ebenso wie zu Zeiten von Marx und Engels. „Ihr entsetzt euch darüber, dass wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel der Gesellschaft aufgehoben; es existiert gerade dadurch, dass es für neun Zehntel der Gesellschaft nicht existiert“

Die sozialistische Umgestaltung ist vom Kräfteverhältnis in der Gesellschaft, aber auch von der Formulierung gemeinsamer Ziele, sprich dem Programm, abhängig. Damit notwendig verbunden ist die Frage nach der Staatsmacht, und damit die Eigentumsfrage. Das kommunistische Manifest zeigt nicht nur die Notwendigkeit, sich diesen elementaren Fragen konsequent zu stellen. Es zeigt auch die Möglichkeiten den Kapitalismus zu stürzen und eine sozialistische Gesellschaft zu erkämpfen. Insgesamt, aber gerade in seiner Betonung des Internationalismus ist das Manifest ein topaktuelles Werk. In diesem Sinne gilt gestern wie heute: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“

Abschied von einer Sackgasse



Die Auseinandersetzung zwischen Reform oder Revolution hat bereits in den letzten beiden Jahrhunderten einen tiefen Graben in die ArbeiterInnenbewegung gerissen. Der Ausgangspunkt war die Integration vor allem der deutschen Sozialdemokratie gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den bürgerlichen Staat. Auf einmal präsentierte sich ihren Anführern ein Potential zu Veränderungen, das sie vorher nicht kannten. Allmählich setzte sich in einer Schicht der Partei der Gedanke nach einem evolutionären Weg zum Sozialismus fest. Schließlich sollte keine Revolution mehr die Menschen vom Joch der Ausbeutung befreien, sondern immer weiter fortschreitende Reformen.

Je stärker aber die Frage nach der Notwendigkeit einer Revolution in den Hintergrund gerückt wurde, desto mehr hat auch die Sozialdemokratie den Kampf um die Macht aufgegeben und sich in den bürgerlichen Staat integriert.

Wechselwirkung: Reform und Revolution

Der wesentlichste Punkt bei dieser Frage ist, dass es weder das Eine noch das Andere ohne dem Anderen gibt. Die größten und einschneidendsten Reformen gab es zu revolutionären Zeitpunkten. Wenn heute an Reformen gedacht wird, denken die Meisten an die Kreisky-Ära. Nun im Vergleich zu den Reformen, die nach dem 1. Weltkrieg errungen werden konnten,

verblasen Kreiskys 70er Jahre. Auf der anderen Seite gibt es auch keine Revolution ohne Reformen. Nachdem die Bolschewiki 1917 die Macht ergriffen hatten, gingen sie sofort an die Umsetzung ihrer zentralen Losungen „Land, Brot und Frieden“ – ein umfassendes Reformprojekt.

Der entscheidende Unterschied ist, dass sich auch durch unzählige Reformen am Grundcharakter des Gesellschaftssystems nichts ändern wird. Eine Folge davon ist, dass erreichte Reformen nicht in Stein gemeißelt sind. Sprich: der Kapitalismus holt sich in Zeiten, in denen die Preise infolge der Marktübersättigung sinken, das fehlende Kapital von der Bevölkerung zurück; durch Sparpakete oder die Rücknahme von Reformen. Wie weit das gelingt oder nicht, hängt jedoch nicht nur von Situation des Kapitalismus ab. Ein entscheidendes Element in dieser Auseinandersetzung ist die Stärke der ArbeiterInnenklasse. Je stärker sie organisiert ist, desto schwieriger wird es für Unternehmer und Politik an der „Reformschraube“ zu drehen.

Eckpfeiler des Kapitalismus

Der Hauptwiderspruch des Kapitalismus besteht darin, dass die gesellschaftliche Produktion durch das Proletariat der privaten Aneignung durch die Bourgeoisie unterworfen wird. Das bedeutet, dass einem(r) LohnarbeiterIn nur einen Teil seiner Arbeitszeit in Form seines Lohnes aus-

bezahlt wird. Die restliche Zeit erwirtschaftet er den „Mehrwert“ für den Arbeitgeber und erzeugt so den Profit. Im Kapitalismus benötigt jedoch der Arbeitgeber diesen Profit, um sich gegen die Konkurrenz am Markt behaupten zu können. Hier trifft man/frau auf das nächste Paradoxon im Kapitalismus: Bei steigender Organisation in der Produktion ergibt sich gleichzeitig eine steigende Chaos an den globalen Märkten. Je mehr/billiger also produziert wird, desto besser sind die Überlebenschancen für das einzelne Unternehmen.

Billiger als die Konkurrenz kann der Unternehmer aber nur dann werden, wenn er Produktionskosten einspart. Da bei Produktionsmitteln (Rohstoffe, Maschinen) nur wenig eingespart werden kann, wird bei der Arbeitskraft der Rotstift angesetzt. Hier zeigt sich auf wessen Seite der Staat steht. Er vertritt die Interessen der herrschenden Klasse – der Bourgeoisie – z.B. mit Sozialabbau oder Maßnahmen zur „Sicherung des Wirtschaftsstandorts“.

Da sich mittlerweile auch schon der ÖGB dieser Logik verschrieben hat, die auch weder von SPÖ noch Grünen in Frage gestellt wird, hat sich der „Spargedanke“ in den Köpfen vieler Menschen verfestigt.

Planung vs. Chaos

Der Kapitalismus ist kein geplantes System. Die einzige Planung die stattfindet ist jene in den jeweiligen einzel-

nen Betrieben. Wirtschaftskrisen sind keine „Störungen“, sondern sind ein Grundelement. Innerhalb der Unternehmer gibt es auch unterschiedliche Ansätze zur Bekämpfung von Krisen. Die Palette reicht von staatlichen Subventionen bis zu Kürzungen im Sozialbereich. Um sein wahres Gesicht besser zu verstecken hat sich der Kapitalismus einige „Decknamen“ zugelegt. (Öko)soziale Marktwirtschaft, Globalisierung und jetzt New Economy oder die technisch, wissenschaftliche Revolution. Verschiedene Bezeichnungen für ein System, das dazu dient, die Interessen einer kleinen Minderheit gegenüber der Mehrheit durchzusetzen. Patentrechte auf Gene, Fusionen zwecks Ausschaltung kleinerer Mitstreiter, Parallelforschung z.B. im medizinischen Bereich sind nur einige dieser „humanen“ Auswirkungen des Kapitalismus.

Die fehlende Planung im sinnvollen Einsatz der vorhandenen Ressourcen (Nachhaltigkeit) bildet einen weiteren grundlegenden Widerspruch, der ökologische und soziale Probleme ungeahnter Dimensionen erzeugt.

Verstaatlichung oder Vergesellschaftung?

Von gewerkschaftlicher Seite wurde zur Bekämpfung von Reformen sehr oft die Forderung nach einer „Verstaatlichung“ erhoben. Nun gerade Österreich kann da auf eine jahrzehntelange Tradition zurückblicken. Es zeigte sich aber, dass ganz im Sinne Otto Bauers, der SP-Theoretiker der Zwischenkriegszeit, der Staat der schlechteste Wirtschaftler sei. Denn die Verstaatlichte ist eigentlich nie aus den roten Zahlen herausgekommen. Nur dafür gab es gute Gründe. Nicht die hohen Löhne oder der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad tragen hierbei die Schuld. Nein, es war vielmehr die Tatsache, dass die Verstaatlichte eine wesentliche Rolle beim Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft nach 1945 spielte. Nämlich als Billiglieferrant für die Privatwirtschaft für Grundstoffprodukte.

Verstaatlichung alleine sagt auch noch nichts über Mitbestimmung und innerbetrieblichen Demokratie aus. Im Gegensatz dazu steht unsere Forderung nach einer sozialistischen Vergesellschaftung. Das bedeutet, dass die Schlüsselindustrien und hier die Produktion, Planung und Verwaltung unter der demokratischen Kontrolle der ArbeiterInnenklasse stehen.

Demokratischer Kapitalismus?

Der Kapitalismus selbst ist alles andere als demokratisch. Zwar dürfen die ArbeiterInnen in einigen wenigen Ländern (nämlich in jener Minderheit, in der es eine „funktionierende bürgerliche Demokratie“ gibt) wählen, doch Entscheidungen werden woanders gefällt. Parteien brechen ständig Wahlversprechen und Regierungen und Parlamente hängen in ihren Entscheidungen von jenen Interessen und Beschlüssen ab, die schon längst in den Chefetagen der Kapitalisten gefällt worden sind. Und falls sich diese nicht daran halten, kann es schon vorkommen, dass die demokratischen Experimente durch Diktaturen ersetzt werden.

Wie wird Geschichte gemacht

Diese beiden Begriffe „Idealismus & Materialismus“ haben nichts mit denen im normalen Sprachgebrauch verwendeten zu tun. Diese Frage richtet sich vielmehr nach der „philosophischen“ Weltanschauung und der Kernfrage „wie kommt es zu gesellschaftlichen Veränderungen?“. In der Lehrmeinung wird sehr oft das Bild vermittelt, dass große Persönlichkeiten Geschichte schreiben. Mehr oder weniger losgelöst vom Rest der Welt, entwerfen sie ihre Gedanken und Weltbilder und warten auf die Umsetzung.

Im Gegensatz dazu steht die marxistische Auffassung des Materialismus. So lautet der erste Satz im „Manifest der kommunistischen Partei“ von Marx und Engels auch „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften, ist die Geschichte von Klassenkämpfen“.

Das bedingt, dass die einander bekämpfenden Klassen der Gesellschaft immer Erzeugnisse der ökonomischen Verhältnisse ihrer Epoche sind. Diese ökonomischen Struktur bildet also die Grundlage für den rechtlichen, politischen, religiösen und philosophischen „Überbau“, letztendlich also auch für die bürgerlich-idealistische Geschichtsauffassung.

Gesellschaftliche Veränderungen gibt es also nicht weil einige kluge Männer das so wollen, sondern weil die Gesellschaft dafür reif ist, weil die ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Strukturen überholt sind und sie auch real erkämpft werden.

Nicht reformierbar

Um für der Menschheit eine Zukunft zu gewährleisten kommt es also auf das „was“ (Planung) und das „wie“ (Einsatz der Arbeitskraft) in der Produktion sowie auf den Austausch und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums an. Das dies im Kapitalismus nicht möglich ist, hat er in den letzten 200 Jahren zur Genüge bewiesen. Alle Versuche, dieses System zu reformieren und menschlicher zu machen sind, abgesehen von der Tatsache das nur ein Bruchteil der Menschheit diese Versuche überhaupt erleben „durfte“, letztlich gescheitert.

Wenn sich ein System aber als nicht reformierbar herausstellt, zeigt sich, daß der einzig Weg für dauerhafte und grundlegende gesellschaftliche Änderungen nur über die Revolution der bestehenden ökonomischen und somit auch der politischen Verhältnisse, über den Sturz des Kapitalismus gehen kann. Der Kampf für Reformen steht für RevolutionärInnen aber nicht im Widerspruch zum Kampf für Revolution, sondern muß als ein Element bei der Bewußtseinsbildung gesehen werden. Der Kampf um Reformen offenbart der ArbeiterInnenklasse erst die Widersprüche des Kapitalismus und die Notwendigkeit für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft.

Wolfgang Fischer

Widerstand - Solidarität - Sozialismus!



Die Sozialistische LinksPartei ist eine junge, aktive und kämpferische Partei. Wir sind ein wesentlicher Teil der Bewegung zum Sturz der FPÖVP-Regierung. Wir waren aber auch schon in der Vergangenheit (damals noch als SOV), teilweise führend, an Bewegungen gegen Rassismus und FPÖ, gegen Sozial- und Bildungsabbau, für Frauenrechte sowie bei SchülerInnenprotesten beteiligt und haben aktive internationale Solidarität, etwa gegen den NATO-Krieg, geleistet.

Für Sozialismus

Für uns ist das Problem aber nicht nur die blau-schwarze Regierung, wir sehen die Wurzel der Übel im kapitalistischen System selbst. Dieses System bringt soziale Not, Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Krieg – überall auf der Welt. Deshalb kämpfen wir für eine internationale Systemalternative, eine neue Gesellschaft: den Sozialismus.

Nur eine solche, demokratisch geplante Wirtschaft und Gesellschaft kann Frieden und Entwicklung zugunsten der gesamten Menschheit sichern. Das kapitalistische Profitsystem hingegen bringt nur einer winzigen Minderheit dauerhaft Wohlstand. Die stalinistischen Staaten der Vergangenheit hatten mit Sozialismus nichts zu tun. Es gab zwar Planwirtschaft aber es fehlte völlig an der notwendigen Demokratie von unten!

Für neue ArbeiterInnenpartei

Die SLP ist Anfang 2000 von den Mitgliedern der Sozialistischen Offensive Vorwärts SOV gegründet worden. Die SPÖ ist schon längst keine Partei mehr für ArbeiterInnen und Jugendliche, und auch die Grünen haben sich von ihren kämpferischen und alternativen Traditionen verabschiedet. Die SLP kämpft deshalb auch als einzige Kraft in Österreich für den Aufbau einer neuen, sozialistischen ArbeiterInnenpartei. Eine solche Partei in den nächsten Jahren zu verankern, ist nicht nur nötig, sondern möglich. Wir wollen ArbeitnehmerInnen und Jugendliche, Frauen, ImmigrantInnen und GewerkschafterInnen gewinnen, mit uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen, wir wollen sie vor allem dafür gewinnen, mit uns für eine solche, sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.

Die SLP ist "anders"

Die SLP ist „anders“ – wir haben keinen großen Apparat, nicht viel Geld und keine Hintermänner. Die Arbeit der SLP steht und fällt mit der Aktivität und der Überzeugung unsere Mitglieder und UnterstützerInnen.

Wir verstehen uns auch als Ansatzpunkt für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung. Wir sind Teil des „Komitees für eine ArbeiterInneninternationale“ CWI/KAI, das in über 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist.

Was kannst Du tun? Was können Sie tun?

Dieses Magazin bietet einen Überblick über einige unserer Ideen. Mehr kannst Du/können Sie in unserer Zeitung Vorwärts, in diversen Broschüren und auf unserer Homepage lesen.

Die SLP ist eine demokratische Organisation von aktiven SozialistInnen. Du kannst/Sie können mit uns diskutieren, uns in der einen oder anderen Kampagne unterstützen und Mitglied werden. Mitglied der SLP werden kann, wer

1) Mit unseren Ideen grundsätzlich übereinstimmt, Programm und Statut anerkennt.

2) Aktiv in einer Ortsgruppe mitarbeitet und die Ideen und das Programm der SLP nach außen trägt.

3) Einen monatlichen Mitgliedsbeitrag leistet und unsere Zeitung Vorwärts kauft und verkauft.

4) Bereit ist, sich auch selbst politisch weiterzubilden.

Um uns näher kennenzulernen, möchten wir Dich/Sie einladen, uns anzurufen oder uns zu schreiben, sich mit uns zu treffen oder in eine unserer Ortsgruppen zu kommen:

Tel.: 01-524 63 10

Fax: 01-524 63 11

e-mail: slp@gmx.at

**Adr.: SLP
Kaiserstr.14/11
1070 Wien**

Was wir wollen

- ♦ Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- ♦ Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- ♦ Mindestlohn öS 13.000.- netto.
- ♦ Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- ♦ Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsinitiative.
- ♦ Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- ♦ Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- ♦ Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- ♦ Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus, den rassistischen Gesetzen und der rassistischen Politik. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- ♦ Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle! Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- ♦ Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- ♦ Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- ♦ Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- ♦ Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- ♦ Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- ♦ Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen - eine neue ArbeiterInnenpartei!
- ♦ Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- ♦ Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.

Wo wir uns treffen

In unseren Ortsgruppen diskutieren wir politische Themen, laden Referenten von anderen Organisationen ein, schauen uns Filme an, planen die nächsten Aktivitäten ...

Ortsgruppe Wien Süd

jeden Freitag 19.00 Uhr
„Cafe Halikarnas“ 5; Spengergasse 31

Ortsgruppe Wien West

jeden Dienstag 19.00 Uhr
„Club International“
16.; Payergasse 14

Ortsgruppe Wien Nord

jeden Freitag 19.00 Uhr
„Pizzeria Ess'n&Trinken“
20., Jägerstrasse 38

Ortsgruppe Wien Mitte

jeden Mittwoch 19 Uhr
„Amerlinghaus“
7., Stiftgasse 8

Gewerkschafts-Stammtisch/Initiative Solidarität

jeden 2. Montag im Monat im Monat 18.00
„Cafe Paganini“;
9; Althanstrasse 11-13

Frauen-Stammtisch

jeden 2. und 4. Montag im Monat 19.30
„Amerlinghaus“;
7; Stiftgasse 8

Informationen:

Informationen über Veranstaltungsthemen, Orte und Termine etc. unter:

01-524 63 10

und auf unserer Homepage: www.slp.at



Die Russische Revolution 1917

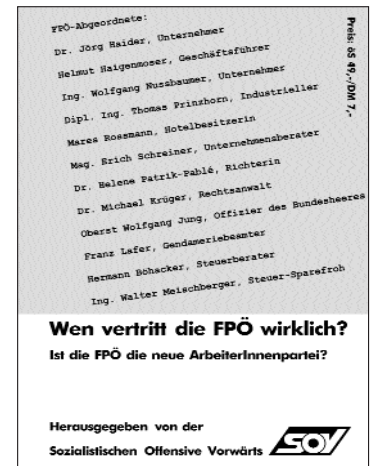
Die Russische Revolution von 1917 ist eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte. Diese Broschüre von Wolfram Klein beschreibt nicht nur die Ursachen und die Entwicklung der Revolution seit 1905 sondern auch theoretische Grundlagen wie die Permanente Revolution von Leo Trotzki. Beschrieben wird auch die Entwicklung von der Rätedemokratie zur stalinistischen Diktatur und den Kampf von Lenin und Trotzki gegen die Bürokratisierung.

106 Seiten öS 65,- (inkl. Porto)

„Wen vertritt die FPÖ wirklich?“

Haider und seine Mannen wollen sich immer wieder - vor allem in Wahlkampfzeiten - als die einzig wahren Vertreter von ArbeiterInnen, PensionistInnen und Jugendlichen darstellen. In dieser Broschüre gehen wir der Frage auf den Grund, ob die FPÖ die neue ArbeiterInnenpartei ist. Wir zeigen anhand ihrer Geschichte, ihrer Funktionäre und ihres Programms, daß die FPÖ immer nur eines war und ist: eine radikale Unternehmerpartei.

72 Seiten öS 60,-- (inkl. Porto)



Naher Osten in Flammen

Die Lage im Nahen Osten ist mehr als angespannt, Ansätze für eine echte Lösung gibt es wenig. Dieser Text, eine Stellungnahme des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale, beschreibt nicht nur die historischen, sondern auch die politischen und sozialen Ursachen für die Konflikte in Israel/Palästina. Erklärt wird auch die Forderung eines unabhängigen sozialistischen Israels neben einem unabhängigen sozialistischen Palästina als Teil einer freiwilligen sozialistischen Konföderation im Nahen Osten.

55 Seiten öS 50,-- (inkl. Porto)

Ich möchte

- ☐ ein Vorwärts-„Normal“-Abo (10 Ausg.) öS 200,-
- ☐ ein Vorwärts-„Sozial“-Abo (10 Ausg.) öS 100,-
- ☐ die Broschüren _____

- ☐ Infos über die SLP zugeschickt bekommen
- ☐ Eure Einladungen zugeschickt bekommen
- ☐ Mitglied der SLP werden

Name:

Adresse:

Tel.:

E-Mail:

Bitte
ausreichend
frankieren!

An die
Sozialistische LinksPartei (SLP)
Kaiserstraße 11/14
A-1070 Wien